

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strasse Nr. 12, und durch Reiseortner zu beziehen. Preis wöchentlich 2 Pf. 2.50, pro Bogen 20 Pf. Durch die Post bezogen 2 Pf. 2.50, frei ins Haus 2 Pf. 2.92, wo keine Post am Orte 2 Pf. 3.34.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Kapitulationsbedingungen für die einflussreiche Salzwasser- aber deren Raum 80 Pf. Anzeigens unter 2 Pf. 1 Pf. (inkl. für Werbemittel) 15 Pf. Anzeigen Familien-Anzeiger 20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 133.

Breslau, Freitag, den 11. Juni 1915.

26. Jahrgang

2 englische Torpedoboote versenkt.

London, 11. Juni. Die Admiralität teilt mit, daß am 10. Juni früh morgens die beiden Torpedoboote Nr. 10 und 12, welche an der Ostküste Englands operierten, durch ein Unterseeboot in den Grund gebohrt sind. 30 Mann wurden gerettet und an Land gebracht.

Liverpool, 11. Juni. Reuter. Der britische Schoner „Expreß“ ist gestern durch ein deutsches Unterseeboot in den Grund gebohrt worden. Drei Mann der Besatzung wurden durch einen dänischen Schoner in Plymouth gelandet.

Langsame Entwicklungen.

Von Richard Gädle, früher Artillerie-Oberst.

Am Schlusse meiner letzten Betrachtung bemerkte ich, daß die Erfolge der beiden deutschen Armeen östlich Jaroslau und am Strij sowie die Erstürmung der Festung Przemyśl den Anfang einer großen Entscheidung in Galizien zu bedeuten schienen. Aber immer wieder müssen wir uns daran erinnern, daß die Widerstandskraft der Heere unserer Zeit eine weit größere ist als jemals früher, und daß darum alle Entscheidungen nur langsam heranreifen können. Die moralischen wie die physischen Kräfte des Angreifers werden in einem früher unerhörten Maße in Anspruch genommen, der Erfolg der furchtbaren Verluste des Angreifers wird eine immer wachsende Sorge der Heeresleitung, der Nachschub des riesenhaften Verbrauchs an Schutzebedarf erfordert Zeit, Transportmittel, gangbare Straßen, während für die großen Massen die Zahl guter Straßen eine immer beschränktere wird.

Darum dauert die Schlacht am San jetzt schon mehr als 14 Tage, und wir können das Ende noch nicht absehen. Wir müssen uns vielmehr hüten, in diesen furchtbaren Massenschlachten die Bedeutung einzelner Erfolge — und nähmen sie für sich betrachtet, unsere Phantasie noch so sehr in Anspruch — für das große Ganze zu überschätzen. Noch immer sind wir allzu rasch mit dem Worte von der Zertrümmerung feindlicher Heere bei der Hand. In diesem Weltkriege ist bis zum Mai 1915 nur einmal eine Zertrümmerung eingetreten, das war durch die glänzende Woffentat Hindenburgs bei Tannenberg. Und selbst sie hatte schließlich nur eine örtliche Bedeutung und wurde durch die unerlöschlichen Hilfsmittel des Gegners rasch genug wieder ausgeglichen. Wenn man vielleicht auch von einer Zertrümmerung der Armee des Radko Dimitriew durch die Schlachten von Larnow und Gorlice reden darf, so bildete sie doch nur einen Teil des russischen Gesamttheaters in Galizien. Dieses ist bisher weder zertrümmert, noch ist es auch nur durchbrochen worden. In seine starre gebanzerte Wehr, die sich von dem Südufer der oberen Weichsel bis zur Grenze Bessarabiens 400 Kilometer lang hinzieht, sind von den beiden dort fechtenden deutschen Heeren allerdings arge Beulen gehämmert worden; östlich der Linie Jaroslau-Przemyśl durch den Generalobersten v. Mackensen in einer Länge von 40 Kilometern; südlich des Dnjepr durch die Südarmee des Generals von Linsingen zwischen Zhdaczow und Kalusz in etwas größerer Ausdehnung! Aber die unaufhörlichen Stöße und Riffe der vordringenden Deutschen haben den zähen Zusammenhang der russischen Verteidigungsfront in dem Augenblicke, wo ich diese Zeilen schreibe, vielleicht zu lockern aber jedenfalls noch nicht zu zerreißern vermocht. Es scheint im Gegenteil, als ob die feindliche Heeresleitung das Spiel noch nicht verloren gibt, obwohl die verbündeten Zentralmächte doch bereits eine ansehnliche Zahl von Stücken eingeheimt haben. Przemyśl hat für jene weitaus wohl nur den Wert einer Nachhutstellung gehabt, die die Entwicklung der deutsch-österreichischen Mitte aufhalten und eine Zeitlang Kräfte binden sollte. Diese Aufgabe hat die Festung zur Zufriedenheit erfüllt, ohne allzu große Opfer zu kosten — das Wort Opfer immer im Sinne der schonungslosen russischen Kriegsführung gedacht. Jedenfalls haben die Russen so Gelegenheit gefunden, ihrer wankenden Mitte neue Verstärkungen

zuzuführen, während sie bis in die letzten Tage hinein versuchten, durch angriffsweises Verfahren ihrer beiden Flügel, die große Schlacht wieder herzustellen. In Südpolen haben sie den Vormarsch der verbündeten Streitkräfte einstweilen zum Stehen gebracht, im nördlichen Galizien bei Sjenawa einen örtlichen Erfolg errungen. Sie behaupten hier der Armee des Erzherzogs Franz Ferdinand gegenüber hartnäckig das westliche Ufer des San und haben bis zum 4. Juni versucht, sie weiter auf den kleinen Nebenfluß des Lengg zurückzutreiben. Es scheint allerdings, als ob sie seit dem 5. Juni auch hier nur noch gelegentliche Vorstöße wagten, während sie im wesentlichen sich auf die Verteidigung zwischen Rudnik-Bezast-Sjenawa beschränkten, nur etwa noch eine Meile westlich des San und am letztgenannten Orte wohl schon wieder auf dem Ostufer. Das wäre dann freilich der Anfang vom Ende, sobald es der südlich anschließenden Armee Mackensens gelingt, nach Osten hin über die Lubaszowka und Wisnia hinaus weiter Raum zu gewinnen. Sie müßten dann auch im Norden zurück, soll der Zusammenhang der Front nicht schließlich dennoch zerreißen.

Ihr linker Flügel aber ist offenbar seit dem Ende des Monat Mai mit sehr viel stärkeren Kräften zu einem ernst gedachten und groß angelegten Angriffe durch die Bukowina und Südbukowina gegen die Armeegruppe des Freiherrn Pflanzer-Baltin vorgebrochen. Nachdem er schon früher den Dnjepr erneut überschritten hatte und bis zum Pruth vorgebrungen war, versuchte er auch diesen Fluß wieder in seine Hand zu bekommen und dehnte zugleich die Angriffe immer weiter nach Westen hin aus. Bei Dolina, bei Solotwina, bei Delatyn stießen die Russen mit großen Massen vor, um die Nacht zwischen den Heeresgruppen Linsingen und Pflanzer durch Gewaltstöße zu zerreißen. Der österreichische rechte Flügel hat der feindlichen Ueberlegenheit gegenüber zeitweise wohl einen schweren Stand gehabt. Die Russen behaupten, den Pruth am 4. Juni zwischen Delatyn (dort, wo der Fluß aus den Karpathen hinaus in die Ebene tritt) und Kolomea überschritten zu haben; die Österreicher geben in ihrem amtlichen Bericht über diesen Tag den Versuch zu, indem sie bemerken, daß der Gegner an den Fluß zurückgeworfen sei.

Hauptsächlich wohl, um auch auf diesem Gebiete die Entwicklung des Kampfes der Entscheidung zuzutreiben, hat dann der rechte Flügel der Armee Linsingen am 3. Juni eine Halbrechtschwendung gemacht, indem er seinen bis dahin auf den Dnjepr gerichteten Vormarsch unterbrach und den unteren Strij in östlicher Richtung überschritt. Er hätte sich übrigens so wie so mehr rechts ziehen müssen, um den links anschließenden Österreichern Platz zu machen, die über Drohobiz an den großen Dnjeprstumpf östlich Sambor gelangten und dort keinen genügenden Entwicklungsraum fanden. Linsingen warf nun in den folgenden Tagen die Russen auf und über die Linie Nowica-Kalusz-Tomaszowce zurück und bedroht bereits empfindlich die rückwärtigen Verbindungen des russischen linken Flügels. Die Armeegruppe Pflanzer-Baltin scheint durch diesen Plattenstoß Linsingens Luft bekommen zu haben und seit dem 6. Juni auch ihrerseits wieder zum Angriffe angetreten zu sein. Gleichzeitig aber hat die deutsche Südarmee weiter links bei Jurawno bereits das nördliche Dnjeprufer gewonnen.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß zwischen den Heeren v. Mackensen, das von Westen, und von Linsingen, das von Süden auf Lemberg vorrückt, ein Wechselspiel besteht. Zuerst wurden die Russen von der linken Klaue der Anceizange gezwängt, die sie vom Dunajec bis über den San zurückdrückte und der großen Südfront der Verbündeten an den Karpathen Luft machte. Nun greift diese an und bedroht die Verteidigung des San-Abchnittes.

Wir werden dem Gange der Dinge in den nächsten Tagen mit einiger Spannung entgegensehen dürfen. Das eine scheint sicher zu sein: Massen mögen die Russen noch immer wieder nachschieben können; aber deren Widerstandsfähigkeit und deren Kampfeslust läßt angesichts der in immer wachsendem Maße nach. Und darum wird in Galizien wohl noch nicht eine endgültige, aber doch eine große Entscheidung in absehbarer Zeit zu erwarten sein.

Nur langsam reifen die Ereignisse auch auf dem südlichen Kriegsschauplatz. Nachdem die Italiener sich monatelang auf den Krieg vorbereitet hatten, durfte man eigentlich erwarten, daß sie nunmehr imstande seien, mit genügenden Massen an der österreichischen Grenze bereit zu stehen. Seit ihrer Kriegserklärung sind 15 Tage verstrichen. Bis jetzt hören wir immer

nur von kleinen Grenzgefechten, in denen sie praktisch genommen überhaupt noch nichts erreicht haben, mehrfach aber mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden sind. Die Österreicher glaubten in den letzten Tagen das allmähliche Heranziehen größerer Massen an die Frontlinie, also an die Ostfront Italiens, festgestellt zu haben. Argendwelche Schlüsse dürfen daraus aber noch nicht gezogen werden. In jedem Fall müssen wir, wie gesagt, mit einer langsamen Entwicklung rechnen. Auf die Nachrichten von Meutereien im italienischen Heere und unter dem Wehrdienststand, mit denen jetzt die Spalten unserer Zeitungen gefüllt sind, sollte man nicht allzu viel Wert legen. Solche Unlust mag im Verlauf eines unglücklichen Feldzuges die Moral des Heeres bedrohen, seine Kraft schwächen — jetzt, im Beginn hat es wenig zu sagen. Nur eine Minderheit mag diesen Krieg wirklich mit heißem Herzen gewünscht haben; aber diese Minderheit hypnotisiert den nationalen Willen und wird mit Hilfe der Staatsgewalt über jeden Widerstand glatt hinwegschreiten. Schon mancher Krieg ist von den Massen des Volkes nur mit Widerwillen aufgenommen worden und hat dennoch zum vollen Erfolge geführt. Es ist nun einmal nicht anders. Der Erfolg selbst erweckt schließlich schlummernde Begeisterung oder doch den Rausch, der ihr ähnlich sieht. Auch hier im Süden wird daher alles davon abhängen, daß gleich die ersten, größeren Erfolge sich nicht auf die Seite der Italiener neigen. Ob wir aber im Laufe der nächsten acht Tage von ihnen schon hören werden, ist zweifelhaft. Möglicherweise sind sich die Italiener auch jetzt noch nicht ganz klar, wie und wo sie ihre zunächst beschränkten Kriegsmittel am wirksamsten einsetzen können. Es wäre immerhin möglich, daß ihre Entscheidung ebenso sehr von politischen wie von strategischen Erwägungen beeinflusst würde.

Bereitschaft der amerikanischen Flotte.

Rotterdam, 10. Juni. Der Marineminister Daniels hat die Entsendung von Abteilungen der Flotte der Atlantischen Flotte nach San Francisco rückgängig gemacht. Die Marinestreitkräfte bleiben im Osten.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, den 10. Juni 1915. (Amlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe bei Souhey und Neubulle dauern an. Nordwestlich von Souhey wurden alle Angriffsversuche der Franzosen im Keime erstickt. Westlich von Souhey in Gegend der Zunderfabrik erlangten die Franzosen keine Vorteile. Feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen nördlich von Neubulle brachen zusammen. Im Grabenkampf südlich von Neubulle behielten wir die Oberhand. Ein feindlicher Vorstoß südlich von Neubulle wurde abgewehrt. Im Verlauf der letzten Kämpfe wurden dort etwa 200 Franzosen von uns gefangen.

In der Champagne setzten wir uns nach erfolgreichen Sprengungen in Gegend Souain und nördlich von Surus in Besitz mehrerer feindlicher Gräben. Gleichzeitig wurden nördlich von Le Mesnil die französischen Stellungen in Breite von etwa 200 Meter erübrigt und gegen nächtliche Angriffe behauptet; ein Maschinengewehr und vier Minenwerfer stießen dabei in unsere Hand.

Im Westteil des Prieferwaldes blieb ein Grabenfeld unserer vordersten Stellung im Besitz des Gegners.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich Szawle setzten die Russen gestern unserem Vorgehen lebhaften Widerstand entgegen; es wurden nur kleine Fortschritte gemacht. Die Beute der beiden letzten Tage betrug hier 2250 Gefangene und zwei Maschinengewehre.

Gegen unsere Anfassungsabwehrung östlich der Zubissa setzte der Gegner aus nördlicher Richtung Verstärkungen an. Vor dieser Bedrohung wurde unser Flügel, vom Feinde unbelästigt in die Linie Dethgola-Roginie zurückgenommen. Südlich des Nemen nahmen wir bei dem Angriff und der Besetzung seit dem 6. Juni 3020 Russen gefangen, ferner erbeuteten wir zwei Bahnen, zwölf Maschinengewehre, viele Feldtische und Fahrzeuge.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Westlich Przemyśl ist die Lage unverändert. Aus der Gegend von Nikolajow-Rohatyn (südlich und südöstlich von Lemberg) sind neue russische Kräfte nach Süden vorgegangen. Ihr Angriff wird von Teilen der Armee des Generals von Linsingen in Linie Wihnia (nordöstlich Drohobiz)—Dziwra abgekehrt.

Westlich von Stanislan und bei Galicz sind die Verfolgungskämpfe noch im Gange.
Oberste Heeresleitung.

Österreichisch-ungarischer Bericht.

Wien, 10. Juni. Amlich wird berichtet: Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe am oberen Dnjepr und im Raume zwischen Pruth und Dnjepr dauern fort. Die Armeeführer...

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzo-Front wurden neuerliche Uebergangsvorläufe des Feindes bei Plava, Gradisca und Sagrado abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Eines unserer Fliegergeschwader belegte gestern früh das Arsenal und die pyrotechnische Werkstatt von Ragusa erfolgreich mit Bomben.

Ein englischer Kreuzer versenkt.

Wien, 10. Juni. (W. T. Z.) Unterseeboot 4, Kommandant Eimannsbleitner Singula, hat am 9. Juni vormittags...

Stotterkommando.

San Giovanni Medua liegt an der albanischen Küste. Der Name des Kreuzers ist im Bericht des österreichisch-ungarischen Flottenkommandos nicht genannt.

Verteilung, 11. Juni. Im Berliner Tageblatt schreibt Berlin: Wieder hat ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot einen vollen erfolgreichen Erfolg zu verzeichnen gehabt.

Im Lokal-Anzeiger wird gesagt: Was bei dem Verleihen der englischen Kreuzer die Tapferkeit des österreichischen Anführers in besonders helles Licht stellt...

Die Arbeit der Unterseeboote.

London, 10. Juni. (W. T. Z.) Folgende Daten deutscher Unterseeboote werden neuerlich gemeldet: Englische Fischerfahrzeuge aus Rotterdam wurden versenkt.

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenruber.

Als beide die Hütte erreichten, fand gerade in dem Rahmen eines stehenden Fensters ein spätes Gebirgslicht zwischen...

*) Gestalt (gestalt) des, gähren gleich jähren, hupeln, unruhig sein. Des gleich hier. **) Gestalt, Gestalt gleich Kato, Kälber. ***) Gestalt gleich jemand berippen, zum Narren haben.

gerettet. Ferner wurde das englische Fischerfahrzeug "Belcity" in der Nordsee versenkt, die Besatzung konnte gerettet werden...

Amsterdam, 10. Juni. (W. T. Z.) Aus Maasvluis wird gemeldet: Der niederländische Dampfer "Gelderland", aus Gland hier ankomme...

Katerstimmung im englischen Parlament.

London, 10. Juni. Der Parlamentsberichterstatter der "Daily News" beschreibt die Szene im Unterhause, als die Frage der Ministergehälter angeschnitten wurde.

Die "Guerre Sociale" beschlagahmt.

Paris, 9. Juni. Im Anschluß an einen Artikel von gestern, in dem Herr Jarry behauptet, wie das französische Publikum über die Ereignisse unterrichtet wird...

Paris, 10. Juni. Zur Beschlagahmung des Blattes "Guerre Sociale" wird berichtet, die Zensur habe die beiden Artikel...

Rußern im russischen Staatsbau.

Aus Petersburg wird der "Rossischen Zeitung" vom 10. Juni gemeldet: Hier mehrten sich die Gerüchte über eine bevorstehende russische Ministerkrise.

Die amerikanische Note abgefaßt.

Neuer meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing erklärte, daß die amerikanische Note an Deutschland gestern den 9. Juni, abgefaßt wurde...

Friedensbestrebungen der amerikanischen Arbeiter.

Die Times meldet laut Täglicher Rundschau aus Washington, daß Kennzeichen vorliegen, nach denen von den Arbeitern der Vereinigten Staaten erneut Versuche gemacht werden...

Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten über Krieg und Frieden.

Die Vertreter der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten waren in der zweiten Rativode in Chicago versammelt und erließen unter anderem ein Manifest über den gegenwärtig tobenden europäischen Krieg...

menslich eilt. Auch im Pfarrhofe kam die Rede darauf. Die Zwickauer Kirche war gar kein geratener, man hätte sie, leiid der Straße, auf den Hügel hingebaut...

Als vor ungefahr einem Jahre der hochwürdige Herr Leopold Reiter, Pfarrer zu Zwickau, merkte, daß ihm beim Schreiben manchmal die Hand versage, merkte er sich obendrein über einigen Vergeßlichkeiten ergriffte, daß er sich mit einem geistlichen Hilfsarbeiter ein, der ihm denn auch nach überraschend kurzer Zeit in der Person des hochwürdigen Kaplans Martin Seidel zugeteilt ward.

Ein Bericht über Besuche zur Schlichtung aller Streitfragen zwischen den Nationen mit gerichtlichen Mitteln zur Inkraftsetzung seiner Entscheidungen.

2. Ein internationaler Kongress mit geschichtlicher und ausführender Gewalt über internationale Angelegenheiten und mit ständigen Ausschüssen an Stelle der jetzigen geheimen Diplomatie.

3. Internationale Einigung und Beherrschung der strategischen Wasserwege, wie der Darbanelken, der Straße von Gibraltar, des Suez-, Panama- und Kieler Kanals.

3. Neutralisation der Meere.

C. Entwaffnung.

1. Allgemeine Abrüstung so schnell wie möglich bis zur vollständigen Entwaffnung, Abschaffung der Fabrikation von Waffen und Munition und anderem Kriegsmaterial für Privatgewinn und Verbot der Ausfuhr derselben von einem Lande nach dem anderen.

3. Keine Zunahme in bestehender Bewaffnung unter irgendwelchen Bedingungen.

4. Keine Geldbewilligung für Armees- und Flottenzwecke.

D. Ausbehnung der Demokratie.

1. Politische Demokratie. Abschaffung der Diplomatie und demokratische Kontrolle der Außenpolitik. Allgemeines und gleiches Stimmrecht für Männer und Frauen.

2. Industrielle Demokratie. Gründliche gesellschaftliche Änderungen in allen Ländern, um die ökonomischen Ursachen zum Krieg zu beseitigen, und zwar solche, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Nationen aus den Händen der verantwortlichen Kapitalistenklasse zu nehmen und in die Hände des Volkes zu legen und sie kollektiv zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse zu betreiben anstatt für Privatprofite, in Gemeinschaftlichkeit und Harmonie anstatt Wettbewerb und Krieg.

Der amtliche türkische Bericht.

Konstantinopel, 10. Juni. W. L. V. Bericht des Großen Hauptquartiers: Gestern ist auf der Darbanelkenfront keine bedeutende Veränderung eingetreten. Unsere anatolischen Wallen beschossen erfolgreich bei Seddul Bahr die feindliche Infanterie und die feindlichen Artilleriestellungen und brachten eine Haubitzenbatterie zum Schweigen. Die Verluste des Feindes während der letzten Schlacht von Seddul Bahr beliefen sich auf mehr als 15 000. Der Feind konnte einen großen Teil seiner Toten noch nicht wegchaffen und ließ sie bei unserem Vorgehen, der ihn in seine alten Stellungen zurückwarf, auf dem Schlachtfelde. Von den übrigen Kriegsschauplätzen ist nichts zu melden.

Der italienische Bericht.

Rom, 10. Juni. (W. L. V.) Der gestern ausgegebene Bericht der obersten Generalkommando lautet: An der Grenze von Atri im Trentino dauert unsere Offensivbewegungen gegen die Feinde, die besetzt werden müssen, damit der Feind veranlaßt wird, seine Verteidigungsbereitungen aufzugeben, und damit die Einwirkung weiterer Operationen ermöglicht wird, fort. Obwohl unsere Truppen vom Feind lebhaft bekämpft wurden, näherten sie sich jenseits der Grenze dem zwischen Schlachten gelegenen Jaharogastel. Etwa zehn Kilometer vom Pässe von Cortina d'Ampezzo fand ein heftiger Kampf statt. Ein Geschütz und Munition blieben in unseren Händen. In der Nähe von Ponte Croce Carnice wurde seit mehreren Tagen um den Besitz einer wichtigen österreichischen Stellung auf dem Freilofel gekämpft, die die Österreicher hartnäckig verteidigten. Am Abend des 8. Juni bemächtigten sich unsere Truppen endlich derselben und machten etwa hundert Gefangene. Während der Nacht des 9. und 10. Juni dauerten die Operationen fort, die darauf abzielten, den Feind aus den besetzten Stellungen zu vertreiben, die er auf dem rechten Monzo-Fluss noch besetzt hält, und einen festen Widerstand zu errichten. Der Feind leistet erbitterten Widerstand entgegen, der durch die Beschützungen des Geländes begünstigt ist. Das Gelände ist durch Kunstbauten sehr stark gemacht. Infolge der Verstärkung zahlreicher Brücken und Straßen wegen der Unerschöpfung am Unterlauf des Flusses ist es schwierig, ihn zu durchziehen. Unsere Truppen kämpfen überall mit Schwung und Energie, und erobern die wichtigsten Stellungen. Wir besetzen die Stadt Montefalco. Das Feuer unserer Batterien beschädigte mehrere Artilleriestellungen des Feindes. In dem schwierigen Gelände von Montenero führte uns ein glücklicher Angriff zur Besetzung einer Stellung, aus der die Österreicher flohen. Sie ließen etwa hundert Tote, die von uns begraben wurden, und sechzig Verwundete zurück. Bei Montebelluno stellten sich 70 bosnische Deserteure als Gefangene. In einem anderen Abschnitt längs des Monzo machten wir insgesamt über vierhundert Gefangene. Die Gefangenen versichern, daß die österreichischen Verluste beträchtlich sind. gez.: Caborna.

Aus aller Welt.

Zwei deutsche Flieger tödlich abgestürzt. Dem „Berl. Tagebl.“ wird über Landsberg a. Warthe gemeldet: Auf einer Übungsflucht stürzten auf dem Flugplatz Graudenz zwei Unteroffiziere ab. Beide waren sofort tot.

Ein englischer Dampfer gesunken. Reuter meldet: Der britische Dampfer „Zweena“, 1470 Tonnen, sank in der Madurastraße (Britisch-Indien). Fünf Mann der Besatzung und elf Passagiere ertranken, die übrigen wurden durch einen niederländischen Dampfer gerettet.

Wieder eine englische Baumwollfabrik niedergebrannt. Der „Local-Anzeiger“ meldet über Amsterdam: In der Nähe von Manchester brannte am Sonntag früh wieder eine große Baumwollfabrik nieder, die fünfte seit Ausbruch des Lohnstreiks in der Baumwollindustrie, der sich in den letzten Tagen nach Angaben des „Manchester Guardian“ so sehr verschärft hat, daß der Zustand von 200000 Mann wohl kaum abwendbar erscheint.

Zwei Eisenbahnzüge aneinander gefahren. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich auf der Strecke Bielefeld-Willingen in Luxemburg. Zwei Maschinenzüge stießen aneinander, die durch die Dichte des zusammengehenden gerückt wurden. Zwei Mann wurden getötet, elf verwundet.

Von einem kanadischen Unterseeboot gerammt. Dirsch' Tel.-Bör. berichtet aus New York: Das erste Seldentat eines kanadischen Unterseebootes wird aus Ottawa gemeldet: Bei der Insel Orleans wurde der kleine Regierungsdampfer „Christine“ in der Dunkelheit von einem manöverierenden kanadischen Unterseeboot gerammt und in den Grund gehohlet. Das Schiff sank innerhalb drei Minuten. Von den aus 14 Mann bestehenden Besatzung sind acht Mann ertrunken.

Hinausgehobener Einberufungs-termin in Oesterreich.

Wien, 10. Juni. (W. L. V.) Die glänzenden Ergebnisse der letzten Musterungen, unterstützt durch die Überprüfungen der bisherigen Einberufungen, ermöglichen es, den für den 21. Juni 1915 in Aussicht genommenen Einberufungstermin der Geburtsjahrgänge 1876 bis einschließlich 1888 der österreichischen Landsturmpflichtigen und der bosnisch-herzegovininischen Dienstpflichtigen in Entsprechung der zweiten Reiserne auf den 15. Juli hinauszuschieben.

Einberufung des Landsturmes in Italien.

Ein Dekret des Königs von Italien hat, wie der „National-Zeitung“ aus der „Tribuna“ übermittelt wird, die gesamte Territorialmiliz (Landsturm) zu den Waffen einberufen. Die Musterung hat heute (10. Juni) begonnen.

Rückwanderung nach Belgien.

In den letzten Wochen sollen viele flüchtige Belgier verstreute Veruse, zum Teil mit ihren Familien, nach Belgien zurückgekehrt sein. Die deutschen Konsulate in der Schweiz haben zahlreiche Bässe an solche Belgier ausgestellt. Nur einzelne der belgischen sozialistischen Abgeordneten scheinen keine Lust zur Rückkehr zu haben. Nach einer Rotterdamer Meldung hatte die Antwerpener Arbeiterpartei das sozialistische Mitglied der belgischen Kammer und des Gemeinderats Dr. Lerwagne breiflich aufgefordert, nach Antwerpen zurückzukehren, da seine Anwesenheit als Parteivertreter notwendig sei, sonst möge er um seine Entlassung einkommen. Lerwagne tat das letztere. In seiner Antwort an die Parteigenossen schreibt er, daß er wohl Gemeinderatsmitglied, aber deshalb noch nicht verpflichtet sei, seine Freiheit aufzugeben. Er müsse übrigens offenherzig eingestehen, „daß Parteinteressen ihm jetzt Nichts“ seien.

Liegt das Ziel Rumäniens bei Rußland?

Die Frage vermeint entschieden der Professor der juristischen Fakultät in Bukarest im „Genser Journal“. Er schreibt: „Bulgarien wird durch den Oasen Redagatsch, Serbien durch die ihm in der Adria verpönten Häfen immer freie Zugänge zum Meere haben. Für Rumänen aber bilden die Darbanelken und die Dora die einzige Verbindung mit der Welt. Wenn die Russen sich in Konstantinopel niederlassen wollten, würde Rußland der souveräne Herr über Leben und Tod Rumäniens werden. Jeder Zugang zum Meere würde ihm vergeschlossen bleiben. Rumänen wird sich dieser Knechtschaft nicht unterwerfen. Wie Rußland ist es ein Exporland für Getreide. Wer würde nicht die Gefahr sehen, die hier Rumänen droht? Rumänen solle dann nur versuchen, einmal eine andere Politik zu betreiben, als die, die ihm das Kabinett in Petersburg diktiert und sofort werde ihm die Tür des Hauses vor der Nase geschlossen werden. Es wird ebenso erfolgen, wie heute Rußland. Es müsse klar ausgesprochen werden, daß wenn Rußland in Konstantinopel feilscht, diese Gefahr für Rumänen nicht durch die Eroberung Transilvaniens und der Bukovina wettgemacht werden könne, ja selbst dann nicht, wenn Rußland noch Bessarabien zugeben wollte. Denn dieser Gebietszuwachs würde Rumänen keine Unabhängigkeit kosten. Frankreich, England und Italien möchten in dem braunenden Dunst, zu liegen, als den Krieg auch nur einen Tag früher zu beenden, gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn alle Nationen der Erde in den Krieg hineinziehen. Sie bedrängen Rumänen und wundern sich, daß es noch nicht in die Kampfarena eingetreten ist. Wie aber könnte Rumänen das tun, ohne sich nicht selbst neue Ketten um den Hals zu legen? Die Vorkriegsriehe der Paulistie Rumäniens, seiner Ein- und Ausgangstür in die Welt durch Rußland, ließe Rumänen zu einem Vasall Rußlands machen, das wäre der Ruin, ja der Tod des Landes. Deshalb behält Rumänen das Schwert in der Scheide.“

Keine schlechte Behandlung.

London, 10. Juni. (Reuter.) Im Unterhause erklärte Valfour, daß seit einigen Wochen kein nennenswerter Unterschied in der Behandlung kriegsgefangener von U-Booten und anderer Kriegsgefangener gemacht worden sei. Er erklärte namens der Regierung, daß Maßregeln getroffen worden seien, um die Behandlung zünftig vollständig gleich zu gestalten. Das bedeute keine Aenderung der Vorschriften über die Art der Handlungen, zu denen die U-Bootleute verwendet würden. Die Regierung sei überzeugt, daß dieses Vorgehen nicht nur in flagrantem Widerspruch zu dem Buchstaben und dem Geiste des Kriegerechts ständen, sondern daß sie niedrig, feig und unmenschlich seien. Anträge auf unverdächtige Schiffe seien mehr als

Schweres Unglück bei einer Schlachthausbesichtigung. Ein schweres Unglück hat sich in Darmstadt zugetragen. Eine Kommission der Stadterordneten sollte die in einem Kühlraum des Schlachthaus untergebrachten Dauerwaren einer Besichtigung unterziehen. Dabei stürzte ein Gerüst zusammen und begrub mehrere Kommissionsmitglieder unter den Trümmern. Schlachthausbesucher Keller erlitt einen qualvollen Tod, während Direktor Dr. Götz, sowie die Stadterordneten Stemmler und Schmuh und Schlachthauswart Sammler schwer verletzt wurden.

Stierzig Häuser niedergebrannt.

Wie dem „B. L.“ aus Chambery gemeldet wird, brach am letzten Sonntag in dem Orte Formet in Savoyen durch Unvorsichtigkeit ein Feuer aus, die, durch heftigen Wind getrieben, 40 Häuser und Scheunen vernichtete. Die Eigentümer, meist kleine Bauern, sind nicht versichert.

Der Meina in Tätigkeit. Aus Messina wird gemeldet, daß der Meina wieder in reger Tätigkeit ist. Dichter Rauch umgibt den lavastehenden Berg.

Amneidie für Kriegsteilnehmer in Sachsen-Weimar. Im Hinblick auf die gleichzeitige mit dem Geburtstag des Herzogs Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar zusammenfallende Jahrbunderteiler hat, wie aus Weimar gemeldet wird, der Herzog eine allgemeine Amnestie für Kriegsteilnehmer aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar erlassen, sowie für die aus diesem Landesteile stammenden Feldzugsteilnehmer ein Kriegsschrenken, das dem Hausorden angeschlossen ist, gestiftet.

Die Freizügigkeit der Brotmarken. Die sächsische Regierung hat, wie das „Berliner Tageblatt“ aus Dresden meldet, an der zuständigen Stelle in Berlin die Einführung der Freizügigkeit der Brotmarken für ganz Deutschland beantragt.

Franzen als Briefträger. Die Einberufung von Beamten und Ausschessern hat nunmehr auch die Postbehörde in Bochum zur Einstellung von Briefträgerinnen veranlaßt. Die Briefträgerinnen, die als Orientierungsdienste eine blaue Mütze mit dem Postkoller und eine Postbinde um den linken Oberarm tragen, werden vorläufig im Bescheid in den Bezirken befristet. Wie verlautet, haben sich bis jetzt über 400 Bewerberinnen gemeldet.

bloße Verletzungen der Gesetze der Menschlichkeit. Darum sollte die Frage der persönlichen Verantwortlichkeit bis zum Ende des Krieges verpagt werden.

Die schweizerische Kriegsteuernvorlage

ist bekanntlich angenommen worden und zwar, wie die „Berliner Tagwacht“ feststellt, mit 44505 gegen 27352 Stimmen. Aus einer Anzahl Gemeinden fehlt noch das Abstimmungsresultat. Die „Berliner Tagwacht“ nennt diese mit gewaltiger Mehrheit erfolgte Annahme der Kriegsteuernvorlage den Sieg eines Prinzips. Die Forderung einer dauernden Bundessteuer hätte kaum eine stärkere Niederschlagung finden können, als in der Geschlossenheit dieser Abstimmung. Dabei bedeute die Abstimmung keine Vertrauenskundgebung für die gesamte Politik des Bundesrats. Wenn es der Bundesrat mit dem sozialistischen Zweck dienenden Tabakmonopol probiere, werde sich sofort ein anderes Bild zeigen.

Vom Eisernen Kreuz.

Berlin, 9. Juni. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung betreffend die Erweiterung der Urkunde über die Erneuerung des Eisernen Kreuzes vom 6. August 1914, in der es heißt: Die Inhaber des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse von 1870/71, die sich in dem jetzigen Kriege auf dem Kriegsschauplatz oder in der Heimat besondere Verdienste erworben, erhalten als Auszeichnung eine auf dem Bande des Eisernen Kreuzes über dem silbernen Eichenlaub zu tragende silberne Spange, worauf ein verkleinertes Eisernes Kreuz mit der Jahreszahl 1914 angebracht ist.

Von der belgischen Arbeiterpartei.

„Der Volk“ weist in seiner Nummer vom 31. Mai einige interessante Angaben über den jetzigen Stand der belgischen Arbeiterbewegung zu machen. Es haben trotz der Schrecken des Krieges die Gewerkschaften in Gent seit Ausbruch des Krieges noch 700 neue Mitglieder gewonnen können, die Gewerkschaft Vooruit nahm nur 350 Mitglieder zu, während der tägliche Verkauf des Blattes „Vooruit“ in der Stadt allein von der früheren kleinen Zahl 9000 auf 18 000 Exemplare gestiegen ist. Dieser Aufschwung ist jedoch wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß einige bürgerliche Blätter eingegangen sind. Der von „Der Volk“ als zuverlässig bezeichnete Bericht enthält die Angabe, „Vooruit“ natürlich unter der strengen belgischen Zensur nicht, doch enthält sich diese ausschließlich auf Kriegsberichte, nicht auf den politischen Inhalt des Blattes. Allerdings habe man doch bereits den Versuch gemacht, das Blatt zu bewegen, den belgischen Standpunkt zu verfolgen, das sei natürlich abgelehnt worden.

Soll der Mut der belgischen Arbeiter nicht gebrochen ist, geht auch daraus hervor, daß trotz des Kriegszustandes das Fest des 1. Mai begangen wurde. An diese hielt die Gemeinde wie in früheren Jahren, und der ganze Text seiner recht sozialistischen Ansprache wurde von der Zensur unbefehligt in Blatte veröffentlicht. Auf dem bekannten Freitagsmarkt spielte eine Kapelle zur Feier des Tages und die städtischen Büreas und Schulen waren geschlossen. Das geplante Straßenfest allerdings wurde von den Behörden unterbunden.

Als kürzlich die Militärverwaltung 50 Zimmerleute suchte, um Militärbaracken zu bauen, meldeten sich nur 4, obwohl alle Zimmerleute der Stadt arbeitslos sind. Sie ziehen es vor, mit den anderen Arbeitelosen um 6 Gulden in der Woche vier Stunden pro Tag zu arbeiten und dergleichen für die Gemeinde zu leisten, obwohl ihnen für den Barackenbau 16 Gulden pro Woche zugesagt wurden. Den Lokomotivführern soll die deutsche Verwaltung 25 Gulden für jede Meile, bei sechs Fahrten am Tage auf einer bestimmten Strecke 150 Gulden angeboten haben, weil gewisse Lokomotiven von den Deutschen nicht bedient werden können. Nicht ein einziger belgischer Lokomotivführer habe sich bereit gefunden, dieses Angebot zu übernehmen.

Die 245. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende sächsische Truppenteile: Grenadier-, Infanterie- und Füsilier-Regimenter: 7, 11, 22, 51, 68; Reserve-Infanterie: 10, 11, 38, 271; Landwehr: 7, 10, 11, 22. — Jäger: 6, 11. — Husaren: 8.

Literatur.

Liberalismus und Arbeiterfrage in Belgien (1830 bis 1852). Von Harry May, Doktor der Staatswirtschaftslehre (Münchener Volkswirtschaftliche Studien. Herausgegeben von Ludo Brentano und Walthor Log. 135. Stud.) Verlag der G. O. Gottsche'schen Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Berlin. Gebunden 3 Mk.

Belgien ist am frühesten auf dem Kontinent ein Industriestaat geworden. Aber gleichwohl, welche Partei dort am Ruher gewesen ist, weder die Nationalisten noch die Liberalen wollten sich dazu verstehen, die Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Schöne Kämpfe waren die Folge. Harry May hat diese in dem Zeitraum von 1830 bis 1852 an der Hand der Quellen geschildert.

Hochverratsprozess gegen einen Bureauführer. Bloemfontein, 10. Juni. Neutermeldung. Heute hat die Verhandlung gegen Dewet, der des Hochverrats mit der Alternativfrage des Aufwaches angeklagt ist, begonnen. Dewet erklärte, des Hochverrats nicht schuldig, des Aufwaches aber schuldig zu sein. Nach Vernehmung wichtiger Zeugen wurde die Verhandlung vertagt.

Heringsdorf nicht mehr „Lazarettfrei“. Große Enttäuschung verurteilte vor einigen Tagen die Ankündigung des Oberbathes Heringsdorf, daß es „Lazarettfrei“ sei. Heringsdorf hat sich jetzt eines besseren besonnen. Nach Ueberwindung des Gemeindevorstandes und der Pflanzverwaltung mit der Militärbehörde wird in Heringsdorf ein Heim für erholungsbedürftige Kriegsteilnehmer eingerichtet.

Der verbrannte Schatz. Uebergröße „Vorsicht“ ist einem Ehepaar in Berlin verhängnisvoll geworden. Die betagten Leute hatten in einem arbeitsreichen Leben 3000 Mark gespart und diese als Notgeld für das Alter auf einer Bank einstragend angelegt. Wie viele andere auch wurden bei der Ausbruch des Krieges ängstlich und haben aus Vorsicht, wie sie meinten, das Geld ab. Um es jetzt gegen Einbrecher und Diebe zu sichern, legte die Frau den ganzen Betrag in Papiergeld in ein Ofenloch und glaubte damit das beste Versteck gefunden zu haben. Mit der Zeit aber vergah sie selbst, wo sie ihren Schatz geborgen hatte, und dachte auch nicht daran, als sie jetzt einmal wertloses Zeug in dem Ofen verbrannte. Erst als ihr Papiergeld mitverbrannt war, fiel es ihr wieder ein. Die Frau nahm sich den Verlust so zu Herzen, daß sie in einem Wort ins Wasser sprang, um sich das Leben zu nehmen. Sie wurde aber gerettet und vorläufig in ein Krankenhaus gebracht.

Weil sie ihm nicht zum Geburtstag gratulierte, hat in der Vorstadt Köpenick bei Dresden der Maurer Schär seine dreißigjährige alte Tochter mit einem Hammer so schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Der Vater war entflohen, konnte aber bereits ergriffen werden. Er durchschnitt sich die Kehle und die Pulsadern, wurde aber noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

Der Doppelbruder Mathias Straeten, der in Forst die Hausbesitzerin Frau Anna Philipp und deren Tochter Frida ermordete, ist im Krankenhaus seine Wunden eriegen. Außer zwei Schwunden, die ihm der eine Polizeibeamte in der Kottowort betragte, wurden bei Straeten noch zwölf Stichwunden festgestellt, die er sich selbst mit Messern und Gabeln beigebracht hatte.

21 Millionen für einen Industriehafen. Die Stadtverordneten von Königsberg i. Pr. genehmigten den Bauungsplan für die entfestigten Gebiete im Süden der Stadt und bewilligten einstimmig 21 Millionen Mark für den Bau eines Handels- und Industriehafens.

Würgang der russischen Kaufuhr. Vom Jahresbeginn bis 22. Mai 1915 betrug laut „Bosch Zeitung“ die russische Kaufuhr nur 67 Millionen Rubel gegen 400 Millionen Rubel im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Lobe-Theater
 Gastspiel Fritz Beckmann
 vom Lustspielhaus in Berlin.
 Freitag, den 11. Juni, 8 1/2 Uhr:
 „Meyero.“
 Sonnabend, den 12. Juni, 8 1/2 Uhr:
 „Der Jahrmarkt in Pulonik.“
 (Zum ersten Male.)
 Sonntag, den 13. Juni, 8 1/2 Uhr:
 „Der Jahrmarkt in Pulonik.“

Schauspielhaus
 Operetten-Bühne. Telef. 2545
 Freitag 8 Uhr:
 „Der Barbazon.“
 Sonnabend 8 Uhr:
 „Der Franzosenfresser.“
 Sonntag 8 Uhr:
 Gastspiel
Franz Arnold
 vom Lustspielhaus in Berlin.
 Sum 1. Male:
 „Ein Prachtwandel.“

Lieblich Theater
 Allabendlich 8 Uhr:
 Wenn der Frühling kommt!
 Gastspiel
Arnold Rieck
 Elsa Grünberg.
 Angenehm kühler Aufenthalt.

Zeltgarten.
 Dir.: H. Krainsnik. 19-8
 Im Garten!
 das brillante
Riesenprogramm.
 10
 Schlager.
 2 Sonntag Vorstellungen 2
 Grosse brauchb. Möbel,
 Schränke, Kommoden, Vertikals, ganze
 Geb. Anricht. zu 30, 50, 70 Mk. u. vert.
 Friedrichstraße 53a. 1993

Viktorla-Theater
Haskel
 Exzellenz kommt!
 „Fängste schon wieder au?“
 Anf. 8 Uhr. Im Garten Konzert.

Union-Theater
 Graupenstrasse 6.
Sylock von Krakau
 mit Rudolf Schildkraut.
 Erschütter. Sittendrama in 1 Akt.
Zigeunerinnenliebe
 Ergreifendes Wildwestdrama
 in 2 Akten.
Strohwitterfreuden
 Pikante Komödie. 1992
 Der neueste Kriegsbericht
 Sitzplatz 30 Pfg. Rezitation.

Sommer-Neberzieher,
 Anzüge, Bettbezüge,
 Uhren, Betten, Ringe
 verkauft billig. (1857)
 Sebamt Altbühnenstraße 17. I.

Lichtspiele
 Tauentzienplatz 15.
 Ab heute!
 Die 1976

Rache der Bajadere
 Schauspiel
 aus dem indischen Aufstand
 in 3 Akten mit
Rita Sacchetto,
 der liebreizenden nordisch.
 Künstlerin i. d. Hauptrolle.
 Ferner:
3 Lustspiele:
 Knopchen unter bösen Raben
 Eine folgenschwere Stützung
 Kleider machen Leute.
 Ausserdem:

Przemysl
 Die letzten Kämpfe um die
 wiedergewonnene Festung
 und eine Reihe neuer
 Kriegsberichte etc. etc.
 Unsere Goldkarten
 verlieren am 18. Juni ihre
 Gültigkeit.

Wäsche
 weiche ein in
Henkel's
 Bleich-Soda.
 9605

Primo Spisekartoffeln
 Zentner 4 Mk., frei Haus gibt at
 Aloys Sandmann, Westendstr. 1.
 Kaufe alte
 Schränke, Kommoden, Vertikals
 ganze Wohn-Einrichtungen 1994
 Wahler, Friedrichstr. 53a.

Anzüge
 von 10 1/2 Mk. an, moderne haltbare
 Stoffe, n. Mass 24, 28, 30, 36 Mk.
 Herrenkleidfabrik M. Juliusberger
 Albrechtstr. 41, 2. Et. (Nah-Laden)
 Das Recht
 während des Krieges.
 Preis 30 Fig.
 zu beziehen durch die Expedition.

10 Pfd. Kartoffeln 45 Pfg.
 werktäglich 3 bis 6 Uhr.
 Stadt-Verkaufsstellen:
 Schweitzerstraße 23,
 Rosenstraße 19/25,
 Clausenstraße 19/23,
 Siebenhufenerstraße 29, Gabanplatz 1.

Arbeitsmarkt.
Arbeitsmarkt-Inserate
 in der Volkswacht kosten die kleine Zeile
 nur 15 Pfennige

Lüchtige Dreiradfahrer
 sowie
Hausdiener
 sofort gesucht.
Rudolf Petersdorff
 Ohlauerstraße 8.

Maschinist
 mit Dampfmaschinen, Dynamos sowie Sähtmaschinen (System
 Rinde) gründlich vertraut, für mittlere Brauerei zum
 sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen
 unter M. D. 20 an die Expedition dieser Zeitung.
 1990

Für unsere Fabrikation suchen wir tüchtigen
Hauschneider
 bei hohem Gehalt und dauernder Stellung
Rudolf Petersdorff
 Ohlauerstraße 8. 1991


 Eilt! Es brennt!
Der Wahre Jacob
 kommt foeben zur Ausgabe.
 Alle 14 Tage erscheint eine Nummer. Preis 10 Pfennig.
 Bestellungen durch die Zeitungsträger und die Expedition unseres Blattes.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint dreimal wöchentlich. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

<p>Brieg Arbeiter-Konfektion. Hermann, W., Döberleinstr. 25, Elm. Bittell. Widner, E., Zepelinstraße 1. Bierbrauereien. Brieger Strohbrauerei H. G. Bürgerliches Brauhaus G. G. u. N. G. Bierverslag. Fritze, Gustav, Langenstraße 20. Destillation, Weinhandlung. Schmidt, Ernst, Langenstraße 18. Fahrräder u. Nähmaschinen. Schmidt, G., Döberleinstr. 8, Hermannstr. 20. Fleischerei u. Wurstfabrik. Thiel, Ernst, Paulsenstraße 6. Holz- u. Kohlenhandlung. Freiler, Carl, Ruchensteinstraße 55. Hüte, Mützen, Pelzwaren. Urbanczyk, E., Poststr. 11/12, Schöne.</p>	<p>Zigarren, Zigaretten, Papierwar. Goebbels, Georg, Edle Post u. Burgstraße Bunzlau Trikotfabr., Weiss- u. Wollwar. Schubert, J., Gießhüttenstr. 40 (Salzfabrik) Glogau Berufskleidung, Wäsche, Trikotagen. Balbes, Joh., Finkenstr. 12 (Schönebr.) Herren- u. Knaben-Garderobe. Stremsberger, Adolf, Markt 45. Korbwaren, Kinderwagen, Spielwaren. Radtich, Friedrich, Rühlstr. 5. Musikwaren. Wendke, G., Rühlstr. Langenstraße 62 Jauer Restaurateure. Galkand, J., Goldbergerstr. 31 Seifen, Parfümerien. Krammer, Robert, Goldbergerstr. 24. Neumarkt Bier-Brauerei. Stadt-Brauerei-Gebr. Pilsner. Ohlau Bäckerei und Mehlverkauf. Dorn, Paul, Ring 15. Radtich, Richard, Finkenstraße 4. Reich, Christian, Rühlstr. 11. Bierbrauereien, Bierverleger. Zambert, Adolf, Ring 12. Drogerie. Jodetz, Adolf, Ringstr. 24. Fleischerei u. Wurstfabrik. Sierich, Oswald, Ring 10. Fahrrad-Nähmaschinen-Großhandel. Engel, Adolf, Ring 13. Franke, G., Finkenstraße 8. Haus- u. Küchengeräte, Glaserei. Jung, Wilhelm, Finkenstr. 36, Finkenstr. 2.</p>	<p>Herrengarderoben, Schuhwar. Suttig, Gottl., Döberleinstr. 6 (Finkenstr.) Hüte, Mützen u. Pelzwaren. Schäfer, H., Ring 2. Kaufhaus. Josef, Ant. Rühl, Scholz, Blumenthal, Manufakturwaren, Damen- und Herren-Konfektion. 3-tesch Nachfolger, Finkenstraße 109. Milch- u. Butterhandlung. Kuratich, Gustav, Ring 8. Möbel. Müller, Paul, Finkenstraße 18, 1. Möbel, Konfektion, Schuhwar. Krensel, Karl, Ring Papierhandl. u. Buchbinderei. Schramel, Carl, Ring 30. Papierhandlung, Postkarten-Zentrale. Jüstel, G., Finkenstr. 9, Ring u. Hauptstr. Posament-, Weiss- u. Wollwar. Jüstel, Georg, Ring 19. Restaurateure. Weisberg, Paul, Erbmann 18. Schenken. Gebr. G. Schenken (Schönbrunnstr. 14 Ring 8, Finkenstr. 5, Finkenstr. 10. Seifen- u. Wuschpulverfabrik. Giesche, Friedrich, Finkenstraße 4. Dorn, Otto, Ring 13, Rühlstr. 11. Tapissiererei, Wollwar., Wäsche. Richter, Gustav, Ring 31. Uhren und Goldwaren. Rupp, Richard, Ring 20. Engel, G., Finkenstraße 8. Uhren, Goldwaren, Rahmen Brillen. Berger, W., Finkenstr. 20 (Grenznitz) Woll- und Weisswaren, Damen- u. Herren-Konfektion. Reichardt, Olga, Ring 7. Woll-, Weiss- u. Schenken. Sierich, Adolf, Ring 10. Zigarren. Müller, H., Finkenstr. 18 (Finkenstr. 18)</p>	<p>Zigarren und Zigaretten. Pause, G., Döberleinstr. 4, Bill. Wegscheid. Peiwerwitz Bäckerei. Griebitz, Wilhelm, Lindenstraße 8. Strehlen Herren- u. Knaben-Garderobe. Neues Bresl. Bekleid.-Haus Finkenstr. 2. Trebnitz Bierbrauereien. Trebnitz-Genossensch.-Brauerei G. G. Herren-, Arbeiter-Garderobe, Manufakturwaren. Sittler, Eugen, Langenstr. 34, Fähr, Poststr. Papier-, Galanterie- u. Spielw. Geisiger, Georg, Finkenstraße Langenstr. Nähere Umgebung Breslaus. Cosel Bäckerei. Scholz, Carl, Carl Str. 2. Starke, Franz, Gold Str. 92. Kolonialwaren. Scholz, Max, Carl. Dt.-Lissa-Stabelwitz Arbeiter-Bekleid., Schuhwar. Schaubart, Ernst, Finkenstraße 19. Brauereien. Geisiger, Adolf, Ringstr. Eisen- und Stahlwaren. Scholz, Paul, Finkenstr. 27, Tel. 83. Fahrräder und Nähmaschinen. Klose, Friedr., Ringstr. Fleischerei und Wurstfabrik. Schmidt, Hermann, Döberleinstr. 10. Haus- und Küchengeräte. Scholz, H., Finkenstr. 24, u. Rühlstr.</p>	<p>Gasthöfe. Kranz, W., Gasthof zum weißen Adler, Willaschek, Anton, Döberleinstr. 3. Manufakturw., Arbeiterkonf. Breslauer Engros-Lager, Döberleinstr. 10 Uhren, Gold- und Silberwaren. Otto, Oskar, Döberleinstraße 31, vtr. Scholz, Hermann, Döberleinstr. a. Marktstr. Rathen b. Dtsch.-Lissa Gasth., zum Waldesgrund* (Inh. Raczek). Hundsfeld Fleischereien. Gante, Gustav, Döberleinstraße 2. Wenzel, G., Döberleinstraße 20. Restaurateure. Geißler, Löwe, (Inh.: Georg Dohle) Klettendorf-Hartlieb Fahrradhandl., Reparaturw. Scholz, G., Klettendorf, Rühlstr. u. Hauptstr. Weich, G., Klettendorf, Rühlstr. u. Hauptstr. Fleischerei und Wurstfabrik. Richter, August, Finkenstr. Nr. 1. Geisiger, H., Finkenstr., Döberleinstr. 14. Restaurateure. Folger, Ernst, Klettendorf. Richter, Ernst, Klettendorf. „Zur neuen Rheinbahn“, G. Rosenberger Lokale a. d. Oder Restaurateure. S. Sander, Finkenstr. 2, Finkenstr. 3, Gründl. Ruffenach, Carl, Finkenstr. 1, Finkenstr. 1. Gr.-Mochbern - Schmiedefeld Bäckerei und Konditorei. Richter, Paul, Groß-Mochbern. Richter, Carl, (Folge u. Kohnenstraße) Fleischereien u. Wurstfabrik Richter, Hermann, Groß-Mochbern 3b. Ehr. Paul, Schmiedefeld. Kolonialw., Drogen, Fahrrad. Gante, Carl, (Fahrrad-Reparaturwerkst.) Restaurateure. Richter, H., Schmiedefeld. Schnittwaren, Kolonialwaren. Gante, Carl, Groß-Mochbern.</p>	<p>Kl.-Mochbern Restauration. Müller's Wm., Gasthaus, Kl.-Mochbern Neukirch - Maria-Röfchen Restaurateure. Müller's Etablissement, Maria-Röfchen Opperau Restaurateure. Rietzsch, Franz, Opperau. Oswitz Restaurateure. Restaurant „Zur Gröschelbrücke“. Gentsch, C., Oswitz. Schanze, Wilhelm, Oswitz. „Volksgarten“, Dorn, Gubler. Pilsnitz b. Breslau Kolonialwaren. Heilig, Berger, Zabat und Zigaretten. Rosenthal-Cariowitz Restaurateure. Friedrichstr. Rosenthal a. 11000 Fr. Spbl. Scholz, G., Sängersstr., Hundsfeld, Hauptstr. Scholz, Richard, Hundsfeld, Hauptstr. 50, a. d. Ob. „Zur starken Eder“, Inh.: Joh. Doqua. Schottwitz - Friedewalde Restaurateure. Zur neuen Welt, (Inhaber Klaf). Gr.-Tschansch Restaurateure. Scholz, Gustav, Garntelhof. Kl.-Tschansch Bäckerei. Weigel, Otto, Hauptstr. 13, Grün-Rohbern. Fleischereien u. Wurstfabrik. Giesche, Carl, Köhlerstr. 138 Kolonialwaren. Daltzer, Adolf, Gr.-Tschansch (Zigaretten) Freitag, Wilhelm, Hauptstr. 25. Woischwitz Restaurateure. Scholz, Richard, Weischwitz.</p>
--	--	--	---	--	---

Gegen Teuerung und Not.

Keine höhere Unterstützung für Kriegerfrauen.

Die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung hat in der Sitzung vom Donnerstag beschlossen, bei der Reichs- und Staatsregierung wegen billigen Lebensmittelpreisen und Höchstpreisen mit Verkaufszweigen vorstellig zu werden, aber höhere Unterstützungen für alle Kriegerfrauen hat sie abgelehnt. Nach dem Vorschlage der Ausschüsse I und II beschloß die Stadtverordneten-Versammlung folgendes:

1. bei der Reichs- und Staatsregierung wegen Billigung der Preise für Vieh, Fleisch, Getreide, Brot, Mehl und Hülsenfrüchte vorstellig zu werden und die Festsetzung von Höchstpreisen sowie die Anwendung von Verkaufszwang für alle diese Waren ihr zur Erwägung zu empfehlen,
2. soweit die Stadt selbst Lebensmittel verkauft, die Preise so niedrig festzusetzen, als dies eine wirtschaftliche Behandlung gestattet, und wo irgend möglich die Ware in weniger großen Mengen abzugeben,
3. bei der Regelung der Brotverteilung die minderbemittelte, schwer arbeitende Bevölkerung besonders zu berücksichtigen,
4. für den Nationalen Frauendienst größere städtische Zuwendungen zu beantragen, vornehmlich zur Erhöhung der Unterstützungsbeiträge für besonders bedürftige Kriegerfrauen.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten, von denen die ganze Sache ausging, hatten weitergehende Anträge gestellt; doch die Ausschüsse schwächten sie ab und die Versammlung stimmte ihnen zu. Es stand leider schon vor der gestrigen Stadtverordnetenversammlung fest, daß für alle Kriegerfrauen die Unterstützung nicht erhöht wird. Genosse Seibold brachte deshalb noch in letzter Stunde folgenden Antrag ein:

Wir beantragen, den städtischen Zuschuß zur Wehrmanns-Unterstützung in allen den Fällen auf 75 Prozent zu erhöhen, wo der Nationale Frauendienst schon jetzt eine Unterstützung zahlt oder später nötig hält.

Die 75 Prozent sind neben der Unterstützung des Nationalen Frauendienstes zu zahlen.

Dieser Antrag verlangte also keine allgemeine Erhöhung, sondern nur in den Fällen, wo der Nationale Frauendienst die Bedürftigkeit ermittelt hat. Aber auch das lehnte die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit ab. Es waren nur sehr wenige liberale Stadtverordnete, die mit den Sozialdemokraten für diesen gewiß beschleidenen Antrag stimmten.

Es war überhaupt eine denkwürdige Sitzung. Mehr als zwei Stunden wogte der Redekampf. Zuerst Professor Dr. Wohlaue als Berichterstatter. Er gab ohne weiteres zu, die Preise sind zum Teil ungeheuerlich, die Not ist groß und Hilfe durchaus nötig. Doch allgemein brauche nicht geholfen werden. Dann Genosse Seibold. Mit tiefempfundener, ungeschminkten Worten sprach er von der herrschenden Teuerung und Not und wandte sich auch scharf gegen den Oberbürgermeister, der es fertig gebracht habe, mit dem Steuerzettel den Stadtverordneten graulich zu machen vor den höheren Unterstützungen.

Herr Matting, der Oberbürgermeister, antwortete sehr gereizt und erlaubte sich Worte, die einen gewissen Zweifel an der Ehrlichkeit der sozialdemokratischen Anträge enthielten. Mehrlich beliebte sich der liberale Stadtverordnete und Geheimrat Fetze auszubringen; er sprach von „agitatorischen“ Anträgen, die vielleicht nächstens wiederkehren. Beide Herren verdienten eigentlich auch an dieser Stelle eine kräftige Antwort; aber der Burgfrieden, von dem gerade Herr Fetze eine sonderbare Ansicht zu haben scheint, hält uns zurück.

Genosse Schüh, dem eine gewisse Seite arge Uebertreibungen in seinen Reden vorgeworfen hatte, zeigte an einem klammernden Ausruf des Stadtverordneten Professor Kaufmann, daß führende Männer des Bürgertums schon im August 1914 über die Not der Massen so dachten, wie jetzt die „übertreibenden“ Sozialdemokraten.

Was man hörte in den bürgerlichen Reden, war immer dasselbe: die Kriegerfrauen leiden nicht alle Not, manchen geht's sogar besser als vorher und kaufen sich Schokolade. Und wo einmal wirklich Not vorhanden ist, da wird sie gelindert, da hilft der Nationale Frauendienst. Wir müssen sparen, hieß es weiter; wir können das Geld der Steuerzahler nicht verschwenden. Dabei gibt es keine Stadt von der Größe Breslaus, die nicht mehr zahlt für die Kriegerfrauen, als hier gegeben wird. Ja, selbst viele kleinere Städte gehen weit über das hinaus, was Breslau für nötig hält.

Sehr wirkungsvoll griffen noch die Genossen Zimmer und Wiener in die Verhandlungen ein. Ueber weitere Einzelheiten ist unten das Nötige nachzulesen.

Die Kriegerfrauen sind wieder auf den Nationalen Frauendienst verwiesen. Der Magistrat soll mehr Geld bewilligen, damit er den bedürftigen Kriegerfrauen höhere Unterstützungen zahlen kann. Hoffentlich beiligt sich der Magistrat und verlangt von der Stadtverordneten-Versammlung, was gegen die bittere Not gebraucht wird.

Berichterstatter Stadt. Wohlaue (lib.):

Es ist keine Frage, daß die Preise sehr hoch geworden sind. Für uns ist die Not, ja das Elend in gewissen Kreisen maßgebend. Die Teuerung wird in allen Kreisen empfunden. Gerade das hat eine gewisse Erregung gebracht. Es ist bedauerlich, daß bei der Preisbildung viele Kreise dazu beigetragen haben, eine ungerechtfertigte Bereicherung herbeizuführen. Wir

verdammen eine ausschweifende Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit. Alle haben versucht, zu gewinnen und daher die hohen Preise. Ich will dahingestellt sein lassen, ob die Regierung nicht eher eingreifen mußte. Es wäre sicherlich besser gewesen, man hätte zeitiger eingegriffen. Wie die Dinge auch liegen, so wollen wir mildernd vorgehen. Freilich wird unsere Stimme nicht allzuviel Eindruck machen. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, etwas zu tun. Aber alle die Schwierigkeiten können wir nicht übersehen und wir treten uns nicht zu nahe, wenn wir sagen, auch der Reichstag, das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus wissen wohl, was nötig ist. Deswegen haben wir uns im Ausschuß nur auf allgemeine Sätze geeinigt und die bestimmten Vorschläge der Antragsteller abgelehnt. Wir haben vollkommen anerkannt, daß besonders die Preistreiber auf dem Schlachthofe ungeheuerlich ist; aber ob die angegebenen Mittel dagegen helfen, ist zweifelhaft. Soweit die Stadt in Frage kommt, hat sie stets die wirtschaftliche Behandlung eingehalten und so billig wie möglich gekauft. Der vorliegende Antrag schafft da nichts Neues; er kommt vielmehr eigentlich zu spät. Wenn die Stadt nur kleine Mengen verkauft, wird der Kleinhandel ganz ausgeschlossen und schwer geschädigt. In der Brotverteilung deutet sich das, was der Ausschuß beantragt, fast mit dem Antrage Seibolds. Viel wichtiger ist die Nr. 4 über die Erhöhung der Unterstützung an die Kriegerfrauen. Hier und da reichen gewiß die Unterstützungen nicht aus und das Reich hätte eigentlich die nötigen Mittel ausbringen müssen, damit das Ängliche der staatlichen Unterstützungen vermieden wurde. Für viele geben die Zuschüsse zu wenig, für manche aber schon zu viel, zu gering für auch sind. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ja, aber die Teuerung.) Ich bin auch überzeugt, daß die Sätze des Nationalen Frauendienstes jetzt bei der Teuerung zu niedrig sind. Ich lasse mich nicht verhindern, mehr zu geben durch Einwürfe, wie: das kostet 750000 Mark und mehr. Ich bin dafür, daß wir dem Nationalen Frauendienst mehr Mittel an die Hand geben und auf die privaten Unterstützungen nicht verzichten. Wie die Dinge liegen, habe ich die erhöhte Unterstützung nötig, aber so, daß sie nur den Bedürftigen zugute kommen. Wir müssen helfen, schon damit unsere Brüder im J. bei eine Vertreibung und Festigung haben. (Bravo.)

Der zweite Ausschuß-Berichterstatter Stadt. Jernow (Mer.) betont, daß bei der Verteilung verschiedene Verordnungen des Magistrats nicht den Geist der Geschäftsleute finden und auch nicht den der Konsumenten. Die Wochenausgaben z. B. sind eine ganz unnötige Belastigung. Wo mehr Unterstützung erforderlich ist, muß der nationale Frauendienst eingreifen, und was gebraucht wird, müssen wir bewilligen.

Stadtverordneter Seibold (Soz.)

In der letzten Sitzung wurden hier Ausführungen gemacht, als ob es uns mehr um eine Demonstration zu tun sei. Demgegenüber muß ich betonen, daß es uns mit jedem Punkte in jeder Angelegenheit bitter Ernst ist. Wir bitten Sie dringend, unsere Anträge anzunehmen. Nach den Ausschüßanträgen braucht der Magistrat sein bisheriges Gebahren bei der Abgabe von Lebensmitteln nicht zu ändern. Es ist uns gelangt worden, man müsse in Rücksicht auf das Reich, das 75 Prozent der Verluste deckt, wirtschaftlich verfahren, sonst würde die Regierung die Verluste nicht decken. Aber die Regierung kann doch nur von ihrer Verpflichtung zurücktreten, wenn der Magistrat Lebensmittel verderben läßt. Weil Käse verdirbt, braucht doch der Griech nicht teurer zu werden. Höher als das Wohlfallen der Regierung muß uns das Wohl der Einwohner stehen. Man sagt, wir haben nur kleine Mengen abzugeben, jedoch wir damit auf dem Markte nicht preisregulieren können. Dann sollen diese kleinen Mengen eben billig an die Armen abgegeben werden. Mit den Brotmarken will der Ausschuß nur, daß der Magistrat die schwer arbeitende Bevölkerung berücksichtigt. Das hat er bisher schon getan, indem er zurückgegebene Marken an Arbeiter ausgab. Das genügt aber nicht. Wir müssen den Preisbedarf der arbeitenden Bevölkerung durch Zuschlagkarten, oder etwas Ähnliches von vornherein sicher stellen.

Der Hauptpunkt ist uns natürlich der Letzte. Der Ausschuß will keine Erhöhung der Unterstützungen für die Kriegerfrauen, sondern will nur, daß dem Nationalen Frauendienst erhöhte Mittel für Bedürftige zugewiesen werden. Wenn Herr Wohlaue sagt, es sei Aufgabe des Reiches, die Frauen ausreichend zu unterstützen, dann stimme ich dem zu. Das Reich hat aber diese Erfüllung seiner Pflicht zum Teil den Gemeinden überlassen, weshalb wir nun an diese Forderungen stellen müssen. Mit der Regelung durch den Nationalen Frauendienst sind wir durchaus nicht einverstanden. Der Herr Oberbürgermeister hat in der letzten Sitzung gesagt: Für mich den Deuten nicht erzählen, daß es ihnen schlecht geht. Wir brauchen ihnen das auch gar nicht zu erzählen; sie beklagen sich von selbst. Wir werden dem Herrn Oberbürgermeister einmal die Armen, die zu uns kommen, hinschicken; er mag dann sehen, ob er ihnen jagen kann: Na, Sie haben ja gar keinen Hunger. Unsere Beispiele von Not bezichtigten Sie als Einzelsfälle. Auch wir hoffen, daß diese Fälle nicht noch zahlreicher werden, die schlimmsten aber waren es noch nicht, die wir angeführt haben. Sie reden von „mit vollen Händen geben“. Aber was haben wir denn verlangt? 25 Prozent Erhöhung der Unterstützung, das mag sich hoch anhören, in Wirklichkeit handelt es sich doch nur um wenige Pfennige. Wenn eine Frau mit drei Kindern 45 Mark bekommt und nur 15 Mark Miete zu zahlen braucht, dann bleiben noch 30 Mark übrig. Das macht 25 Pfg. pro Kopf und Tag für Nahrung, garnicht zu denken an Verhärtnungsbeiträge, Kleider und andere notwendige Ausgaben, daß der Mann etwas ins Geld gebracht bekommt usw. Es gehört ein rotes Kreuz zu setzen, zu sagen, daß die Unterstützungen ausreichend sind. Sie schreden zurück, weil nach unseren Anträgen in allen Fällen etwas mehr gegeben werden soll. Aber Sie ersuchen in gar nicht davon, daß Beamte im Felde ihr volles Gehalt weiter beziehen, außerdem ihr Offiziersgehalt bekommen. Da reden Sie nicht von „mit vollen Händen geben“.

Aber wir kommen Ihnen ja entgegen. Wir wollen uns ja zufrieden geben, wenn nur alle die Frauen 25 Prozent mehr bekommen, deren Bedürftigkeit bereits durch den Nationalen Frauendienst festgestellt wurde, indem er die unterstützen soll. Ich werde in meinem Leben den Eindruck nicht vergessen, den es auf mich machte, als der Herr Oberbürgermeister in der letzten Sitzung gegenüber unseren Anträgen den Steuerzettel schwenkte, und das auch gleich wie ein elektrischer Strom durch die ganze Versammlung fuhr. Es war dem Oberhaupt unserer Stadt überlassen, den Hinweis auf die Not mit dem Hinweis auf den Steuerzettel zu begegnen. Meine Herren, ein Minister, der in dieser Kriegszeit gegenüber notwendigen Ausgaben auf die selgenden hohen Steuern zurückzuführen würde herabgeschiffen werden. (Der Vortrager bittet den Redner, sich zu mähen. Zuruf: Volkversammlung!) Meine Herren, wenn Sie selbst die Not fühlen müßten, würden Sie noch viel härter sprechen. Stimmen Sie unseren Anträgen zu und beweisen Sie dadurch, wie ernst es Ihnen ist, Not zu lindern. Der Arbeiter tritt in diesem Kriege sein alles hin. (Zuruf: Wir auch!)

Wir haben die Pflicht, den heimkehrenden Kriegern ihre Familien gesund und so zurückzugeben, wie sie sie verlassen haben. Deshalb bitten wir Sie, nehmen Sie unsere Anträge an.

Oberbürgermeister Matting:

Nach der ruhigen Verhandlung im Ausschusse glaube ich, wir würden auch hier ruhig bleiben. Herrn Seibold will es vorbehalten, hier das Pathos der Volkversammlung hineinzugetragen. Wir sind bereit, aus ehrllicher Ueberzeugung zu helfen. Ich möchte aber fast zweifeln, daß Herr Seibold die Anträge rein aus ehrllicher Ueberzeugung einbrachte, um zu helfen. Wenn man wirklich helfen will, geht das nicht nach einem Schema, sondern es muß alles genau geprüft werden. Herr Seibold hat mein robustes Gewissen hervorgehoben. Ich glaube, mein Gewissen kann noch mit dem Herrn Seibold konkurrieren. Mein Wort, wir sollen Gott danken, daß es uns noch so gut geht, ist in der sozialdemokratischen Presse entstellt wiedergegeben worden. Mit Reden, wie sie Herr Seibold gehalten hat, werden wir die Probleme nicht lösen. Fälle von großer Not möge nur Herr Seibold dem nationalen Frauendienst überweisen. Beraten Sie mir es nicht, wenn ich die Sachen hier ruhig und nüchtern bespreche. Wir wenden große Mittel an und müssen da eben gewiß sein, daß sie nur ausgegeben, wo es wirklich nötig ist. Sie können überzeugt sein, daß der Magistrat in allen seinen Teilen überzeugt ist, eine Hilfe zu eintreten. Nur eine allgemeine Schablone müssen wir ablehnen.

Stadtrat Tünger:

Es ist wohl niemand im Saale, der nicht helfen will. Der nationale Frauendienst tut das Menschennögliche. Von verhungerten, ausgemergelten Kriegerfrauen kann sicherlich nicht gesprochen werden. Bewilligen Sie uns nur mehr Geld, dann unterstützen wir noch besser.

Stadt. Schüh (Soz.)

Den Ausführungen meines Freundes Seibold habe ich nur wenig zuzufügen; ich doch von ihm mit aller Deutlichkeit ist besprochen worden, wo der Bedarf angeht werden muß, um durchgreifende Hilfe zu schaffen. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, muß ich aber einer Behauptung entgegenreten, die sowohl hier wie auch in den Ausschüßberatungen eine Rolle gespielt hat. Es wurde von verschiedenen Seiten auf die künftige Lebensweise der Kriegerfrauen hingewiesen. In der letzten Ausschüßsitzung wurde behauptet, daß die Schokoladengeschäfte ein glänzendes Geschäft machen, und sogar während des Krieges neue Läden dieser Art in Arbeitervierteln aufgemacht wurden. Das die genannten Geschäfte seit der Dauer des Krieges guten Absatz haben, ist unbestritten. Ist es denn aber so schwer, die Ursachen dieser Tatsache festzustellen? Ich habe in den letzten acht Monaten mehr Geld für Schokolade ausgegeben, als in den vorhergehenden zehn Jahren. Und so wie mir ist es vielen Tausenden anderen gegangen. Auch die Arbeiterfrau empfindet die Strapazen die ihre Lieben im Felde durchzumachen haben und versucht sie, durch die Sendung von Geschenken zu mildern. Ein unvergleichliches Gefühl der Befriedigung überkam mich, als mir vor wenigen Tagen ein hier auf Urlaub weilender Sanitätsfeldwebel sagte: Mit Tausenden Sendungen hast Du mir eine große Freude bereitet. Ich habe das wenige davon genossen, aber die Schwerverwundeten habe ich damit geliebt, die dankbaren Blicke dafür, werde ich mein Leben lang nicht vergeßen.

Bei der Beratung unseres Antrages habe ich an einer Reihe von Beispielen die heut herrschende Notlage beleuchtet. Obgleich ich mich unter dem Druck des Burgfriedens in Grenzen bewegte, die das Zulässige nicht überschritten, wurde mir am nächsten Tage in einer hiesigen Zeitung der Vorwurf gemacht, daß ich in der „behaunten übertriebenen Weise“ gesprochen habe. Allerdings hatte ich keine Klage, wie es von anderer Seite geübt ist, den Handel in Schutz zu nehmen. Selbst von der rechten Seite dieses Hauses ist nicht in dieser Weise verfahren worden. Lehrreich ist es aber, daß dieselbe Zeitung, die so schön von meinen Uebertreibungen zu plaudern wußte, nichts von den bitteren Anklagen zu berichten wußte, die Herr Kollege Kretschmer so schlagend und mit zwinzender Logik vortrug. Die temperamentvollen unvorderleglichen Ausführungen wurden überhört, fielen unter den Tisch. Der Bericht enthielt nur einige ganz allgemeine Bemerkungen. Aus dieser Tatsache erhebe ich, daß es trotz der nun einmal nicht hinwegzuleugnenden Notlage noch Menschen gibt, denen der Handel über das Allgemeinwohl geht. Meine Ausführungen waren getragen von dem Gefühl, für meine Mitmenschen, jeder andere Grund lag mir fern. Wer aber tagtäglich in diesen Kreisen verkehrt empfindet anders, sieht manches, was dem Auge entgeht. — Im Anschluß daran sprach der Genosse Schüh den Ausruf des Herrn Prof. Kaufmann vom 19. August 1914. Den Ausruf brachten wir in der gestrigen Nummer. Schüh schloß mit der Bitte, den Antrag, 75 Prozent zu gewähren, anzunehmen.

Stadtrat Haber:

In einer der letzten Sitzung ist gesagt worden, wir haben die Kartoffeln sehr billig eingekauft und zu teuer verkauft. Das stimmt nicht. Wir verkaufen zu billig, wie es irgend möglich ist. Wir verkaufen jetzt die Kartoffeln für 4 1/2 Pfg. bei 10 Pfd. und den Zentner für 3,80 Mark. Billiger können wir bei den hohen Spesen nicht sein.

Stadt. Feige (lib.):

Die Hauptfrage ist, ob in allen oder in gewissen Fällen mehr Unterstützung gezahlt werden soll. Ich wende mich gegen die allgemeine Bewilligung. Es ist hier dem Oberbürgermeister der Vorwurf gemacht worden, daß er mit dem Steuerzettel drohte. Nun, wir müssen mit dem Gelde der Steuerzahler gut umgehen und dürfen nichts verschwenden. Gewiß, die Not ist groß; aber wir brauchen nicht zu helfen, wo keine Not vorhanden ist. Dazu kann uns niemand zwingen. Aus den Sparanlagen sehen wir, daß sie jetzt gegenüber dem Vorjahre größer sind. Also gar so groß kann die Not nicht sein. Die Sozialdemokraten sagen nun, unser Antrag will ja nur den Bedürftigen helfen. Da bemerke ich, wenn wir jetzt diesem Antrage zustimmen, kommen die Herren später wieder und erklären, es besteht noch mehr Not, die von ihnen zu einem agitatorischen Antrage ausgenützt wird. (Bewegung bei den Sozialdemokraten.) Die vorhandene Organisation des nationalen Frauendienstes hat gut und anerkanntermaßen gearbeitet. Wenn so geredet wird, wie das Herr Seibold getan, können wir nur sagen, die Herren haben noch nicht recht begriffen, was Burgfrieden ist. Wir müssen den Bestand sprechen lassen und alles tun, um die Kränken zu stillen.

Ein Schlussantrag wird von dem Stadt. Nelbe (Konf.) begründet, vom Stadt. Göthlich II (Konf.) bekräftigt und darauf abgelehnt.

Stadt. Göthlich II (Konf.):

Es ist von Preistreibern auf dem Schlachthofe gesprochen worden. Daran sind nicht allein die Händler schuld. Die Militärverwaltung hat viel Vieh veräußert, und so sind die Preise sehr gestiegen. Ich bitte auch, die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie bald Viehhöchstpreise aufsetzt oder überall Viehhöchstpreise, denn uns in Breslau nützen die Viehhöchstpreise nichts.

Stadt. Zimmer (Soz.):

Ich möchte mich nur gegen einiges wenden. Stadtrat Tünger meint, von vielen ausgemergelten Leuten kann nicht

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.

III.
(Schluß.)

In zwei weiteren Kapiteln des Davidschen Buches wird die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten und in Rußland behandelt. Wenn die deutsche Sozialdemokratie überzeugt war, daß sie verpflichtet ist, für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Schicksal des deutschen Volkes den Kampf aufzunehmen, hat sie damit, wie einige behaupten, „Verrat an der Internationalen“ begangen? Wie töricht dieser Vorwurf ist, zeigt sich schon an dem Verhalten der sozialistischen Parteien der anderen Staaten. Die Sozialisten Österreichs, Belgiens, Frankreichs, Englands haben ebenso gehandelt wie die deutschen Sozialisten. David stellt die wichtigsten Kriegsgeschichten der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern zusammen. Es drängt sich jedem objektiven Urteiler mit überzeugender Eindringlichkeit die Tatsache auf, daß es keine Partei auch mit den Grundsätzen der Internationale ernst genommen hat als die deutsche Sozialdemokratie. Insbesondere die französischen Sozialisten sind leider allzusehr über die berechtigete Linie der Verteidigung ihres Landes hinausgegangen und in einen Kultus des Hasses und der Eroberungsfucht verfallen.

Die einzigen, die auf Grund ihres eigenen Verhaltens berechtigt sein könnten, die Sozialisten Deutschlands, zugleich aber auch die der Westmächte, des „Verrats an der Internationale“ anzuklagen, sind — so führt David weiter aus — die Sozialisten Rußlands und Serbiens. Wiederum an der Hand von Menschenfäden wird die regierungsfeindliche Haltung der russischen Sozialisten während des Krieges dargestellt. Die Taktik der russischen Sozialisten erklärt sich vollständig aus den Zuständen ihres Landes, und man muß die größte Hochachtung haben für den Mut und die Opferfreudigkeit von Männern, die lieber die Schrecken der russischen Justiz über sich ergehen lassen, als mit der zarischen Regierung gemeinsame Sache zu machen. Aber vorbildlich für die deutsche Sozialdemokratie kann die russische Taktik nicht sein, die alles von „außerparlamentarischen Aktionen“ erwartet, auf den Bürgerkrieg und die soziale Revolution hinstreut und darum keinerlei Interesse zu haben verweist, ob das eigene Land die Kriegsbeute auswärtiger Fremdherrschaft wird. David sagt mit Recht:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat keinen Augenblick daran gedacht, den Sieg eines auswärtigen Feindes zu fördern, um mit seiner Hilfe innerpolitische Freiheitsforderungen zu erzwingen. Den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln zu wollen, wäre Wahnsinn gewesen. Sie weist solche Zumutungen, aus welchen Motiven immer sie eingeleitet sein mögen, mit aller Entschiedenheit ab. Sich ernsthaft mit solchen Dingen befassen auszuweichen, ist schief.“

In der russisch-revolutionären kosmopolitischen Theorie wird auch der Begriff des Vaterlandes vollständig verneint. Die Vaterlandslosigkeit wird als angeblich sozialistischer Grundsatz ausgegeben. Der Klärung dieser allerbedeutendsten Grundfrage widmet David das letzte Kapitel seines Buches: „Nation und Internationale“. Es geht aus von den Anschauungen von Marx, Engels, Lassalle, die sich so ernsthaft um die Lösung der nationalen Einheitsfrage gekümmert haben, daß sie unter keinen Umständen als Kronzeugen genannt werden dürfen von denen, die die Pflicht zur Verteidigung der errungenen Einheit in Abrede stellen. Weiter werden Aussprüche von Hebel, Wollmar, Jaures angeführt, die alle den „Verteidigungs-nihilismus“ vollständig ablehnen und die große Bedeutung der Nation als einer Stufe der menschlichen Kulturentwicklung anerkennen.

David's Buch schließt mit einer interessanten Abhandlung über die fortwährende Bedeutung der Nation in der Menschheitsgeschichte und über das Verhältnis von Nationalität zu Internationalität, von nationaler Bestimmung zu internationalen Weltfriedensbestrebungen. Der Verfasser ging davon aus, die Stellungnahme der Sozialdemokratie im Weltkrieg aus den realen Tatsachen des gegenwärtigen Zeitalters zu rechtfertigen, nun mündet seine Betrachtung in folgendem idealistisch-glaubensfrohen Ausblick in die Zukunft der Menschheit.

„Angesichts dieser historischen Entwicklung des Nationalitätenlebens kann man eine oberflächliche Prophezie die Verschmelzung der Nationen in einen gleichartigen Völkerblock als Zukunftsziel sehen. Das große biologische Gesetz der Differenzierung wird nicht innehalten. Der Sozialismus hat auch nicht das geringste Interesse daran, es zum Innehalten zu zwingen. Das Prinzip der Sozialisierung widerstreitet dem des nationalen Eigenlebens in keiner Weise. Selbst wenn man sich die Volkswirtschaften der einzelnen Nationen zu einer einzigen sozialisierten Weltwirtschaft verschmolzen und das Ganze unter eine einheitliche politische Zentralregierung gestellt dächte — eine Zukunftsstaatkonstruktion, die in keiner Weise eine notwendige Ableitung aus dem Prinzip der Sozialismus ist —, so würde selbst innerhalb eines solchen Weltkulturenstaates nationales Eigenleben fortbestehen können und müssen. Denn dieses Eigenleben erzeugt seine Kulturwerte eigensten Gepräges. Es bewirkt dadurch eine ungeheure Vereinerung und Vernetzung des Menschheitsbewußtseins. Die Gleichheit in Einzelnationen bedeutet gewissermaßen das Prinzip der Arbeitsteilung für die Produktion feinerer Stoffformen der physischen und geistigen Kultur. Die Nationen „verschmelzen“, hieß die mannigfaltige Blütenpracht des menschlichen Kulturbaumes plump zerschneiden.“

Durch die allmähliche Überwindung der sozialen Gegensätze im Innern und der ökonomischen Interessengegensätze zwischen den Nationen aber muß es gelingen, die feindlichen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen innerhalb und zwischen den Nationen durch Ordnung und Gesetz zu überwinden. Der Krieg ist eine rohe, ungewollte Form der Austragung solcher Gegensätze. Der gegenwärtige Krieg selbst wird nicht wenig dazu beitragen, diese Einsicht in neue Millionen von Köpfen zu hämmern. Der Kampf ums Dasein mit den Mitteln der Gewalt muß verschwinden zwischen den Völkern, wie er verschwinden ist zwischen den Individuen innerhalb des Staatsverbandes. Wichtig ist es, daß dieser Kampf ums Dasein für die Emporentwicklung des Menschengeistes aus der Tiefe der Tierheit von größter Bedeutung war, so unwichtig ist die daraus abgeleitete Behauptung einiger darwinistischer Soziologen, daß das daraus auch für alle Zukunft so bleiben müsse.

Wie im Zusammenleben der Völker der Kampf ums Dasein mit den Mitteln der gewaltsamen Vernichtung zwischen den Individuen ausgemerzt werden konnte, ohne den physischen Zerfall der Völkerschaften noch sich zu sichern, so wird es möglich sein, auch dem

Kampf ums Dasein zwischen den Völkern jene grausamen Methoden der Vergangenheit auszuschalten, den „Kampf um die Futterkammer“ mit den Waffen der Vernichtung zu vereiteln in einen Weltkampf technischer und kultureller Natur unter Anerkennung der Nachbarvölker als gleichberechtigter Mitglieder des Menschheitsganzen. Der Vernichtungskampf auszuschalten heißt nicht, den Weltkampf der Kräfte auszuschalten. Die Anerkennung der kulturellen Lebensberechtigung aller Völker, die Gewährung einer ausreichenden Lebensbasis für die vorhandenen Menschengruppen, braucht nicht zur Agnation des nationalen und menschlichen Tains zu führen. Das Gegenteil wird der Fall sein. So wie erst auf der Voraussetzung eines materiell gesicherten Daseins die höchsten geistigen und künstlerischen Entwicklungen der Individuen sich entfalten, so werden auch die zu höchster Entfaltung drängenden kulturellen Kräfte der Völker erst frei, wenn die elementaren Existenznotwendigkeiten gesichert sind.

Erst auf dieser Grundlage können die Nationen ihre höchsten Leistungen für die allgemeine menschliche Kultur vollbringen. Das Dasein der Nationen darf ja nicht als Selbstzweck gefaßt werden. Ueber die Nation hinaus gibt es Ziele der allgemeinen Kultur, denen jede Nation zu dienen hat. Waren ehemals nur die Religionen mehr oder minder Ausprägungen dieser übernationalen Ideale, so sind nunmehr die besten Geister, die größten Dichter und Denker der Menschheit in allen Völkern die Verkörperung des Heiligen. So heilig uns das Recht jedes Volkes auf natürliches Dasein ist, so heilig doch dieses Recht in sich zusammen, sobald sich das Leben einer Nation in Gegensatz setzt zu der Kulturentwicklung der Menschheit. Das Ganze der Menschheit ist wertvoller als irgend ein Teil. Darum findet in dem höheren Recht der gesamten menschlichen Emporentwicklung der besondere Anspruch jeder Nation seine Schranke.

Die Verkennung oder Mißachtung dieses Verhältnisses von Nation und Menschheit führt zu jenen chauvinistischen Verirrungen und Verzerrungen nationalen Jähzorns und Strebens, die wir als nationale Entartung bekämpfen. Wie der einzelne ein Recht hat der Selbstachtung und Selbstbehauptung, so die Nation. Aber ebensovienig wie Selbstüberhebung und Ueberhebung des Rechtes des einzelnen dem einzelnen zugebilligt werden kann, so wenig steht das einer Nation zu im Zusammenleben mit anderen. Eine schrankenlose Machtvollmacht mit brutaler Nichtachtung und Unterdrückung fremder nationaler Lebens ist unerbittlich mit höchster nationaler Eigenkultur.

Verufen zur Mitarbeit an der Emporentwicklung der Menschheitsgeschichte, hat die deutsche Nation das Recht und die heilige Pflicht zur Selbstbehauptung und freien Entfaltung ihrer Kräfte. Aus diesem höchsten Interium ihrer eigenen nationalen Ansprüche entspringt zugleich auch das Pflichtwort der Achtung vor dem nationalen Leben der anderen zur Mitarbeit an allgemeinen kulturellen Werken der Welt. Im Sinne dieser beiden Gebote steht jede Nation vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte. Ich schliesse mit dem Ausdruck der Verberzeugung: Das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie werden vor diesem Richterstuhl bestehen.“

Politische Uebersicht.

Die preussische Wahlreform — eine nationale Tat!

Im „Berliner Tageblatt“ fordert ein evangelischer Geistlicher aus Schleswig-Holstein die schleunige Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Er gibt seiner Forderung folgende nationale Begründung:

Wie würde eine solche vom Regierungsrat ausgehende Kunde in den Schützengräben aufgenommen werden, wöheren Jubel würde das auslösen, und in welche Stärkung des Mutes und der Kampfkraft würde sich das umsetzen! Will die Regierung in Preußen auch jetzt noch, wie einst die dritttägige Pythia, geheimnisvoll orakeln und in unklaren Worten das Licht auf die Zukunft verdrängen, daß man nach dem Kriege in Erwägungen eintreten werde. Erwägungen, die sich vielleicht jahrelang hinzuziehen können, wobei dann auch der allzu Trampf gegerührerter ausgepielt würde, das alte System könne doch nicht so schlecht gewesen sein, denn unter ihm sei das bisherige geleitet worden!

Dieser Trampf steht veremlich alles, aber auch nicht veremlich, denn wie lange wird noch dauern und wird noch forbern dieser Krieg, und zum andern: wird nach ihm nicht wieder ein ewiger Friede garantiert sein? Wenn aber unsere Ketten sich selber lösen, daß sie nunmehr Preußen doch nicht werden vorzuenthalten können, was das Reich, was die meisten deutschen Bundesstaaten, was sogar die Reichsländer Esth- und Litthauen besitzen, warum in aller Welt wollen sie nach dem Kriege sich erst mühsam abringen lassen, was sie bei dieser völlig neuen Zeitlage doch nicht mehr festhalten können, wodurch jetzt aber als freiwillige Gabe für die Sorgen der preussischen Arbeiterwelt restlos erobert würden!

Der evangelische Geistliche schließt sich damit jenen zahlreichen Stimmen von Nichtsozialdemokraten an, die sich aus rein nationalen Gründen für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Nichtsozialdemokraten und natürlich nicht sie allein, der Regierung später einmal den Vorwurf machen könnten, sie habe mit einer wichtigen Maßnahme zur Verteidigung des Reiches allzu lange gezögert. Es ist äußerst fraglich, ob es von der Regierung, der es an stillen Widerstehen ohnehin nicht fehlt, politisch klug wäre, wenn sie sich diesem Vorwurf aussetzte und damit die Zahl ihrer Gegner noch vermehrte.

Zur Geschäftsfrage des preussischen Landtages.

Durch den erneuten Beschluß, den Landtag nicht zu vertagen, sondern die Session zu schließen, hat die Regierung die ursprünglichen Dispositionen des Abgeordnetenhauses völlig durchkreuzt. In der Annahme, daß die Session vertagt werden würde, sollte das Abgeordnetenhaus sich noch das Fiskusgesetz im Plenum erledigen, damit das Herrenhaus im Herbst mit seinen Arbeiten beginnen kann. Da die Regierung den Wünschen des Abgeordnetenhauses nicht nachgekommen ist, andererseits aber auf die Verabschiedung des Fiskusgesetzes Wert legt, so soll jetzt verhandelt werden, es möglichst schnell in zweiter und dritter Lesung zu beraten und es dann sofort dem Herrenhaus zur weiteren Behandlung überweisen. Um dies erreichen zu können, hat der Senatorenkonvent am Mittwoch beschloffen, daß diesen Sonnabend eine Plenarsitzung mit der Tagung: 1. und 2. Lesung des Fiskusgesetzes vorweg, abgehalten wird.

Am Montag wird das Herrenhaus zusammenreten und die Kommission zur Vorberatung des Gesetzes wählen. Diese Kommission soll ihre Arbeiten so beschleunigen, daß das Plenum möglichst noch in nächster Woche zu ihren Reichsständen Stellung nehmen kann. Nimmt das Herrenhaus die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverständlich an, dann könnte das Gesetz also in kaum 14 Tagen verabschiedet sein. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß die Regierung nicht etwa die Session noch während der Beratung der Kommission des Herrenhauses schließt, eine Möglichkeit, mit der immerhin gerechnet werden muß. Die Parteien des Abgeordnetenhauses würden dann allerdings eine Präzisierung erklären. West die Erledigung des Fiskusgesetzes statt von statten, dann rechnet man mit einem Schluß der Session am den 21. Juni herum.

Das Abgeordnetenhaus wird außer Sonnabend dann nur noch einmal zusammenreten, um den Bericht der verstorbenen Budgetkommission über den Antrag Brühl und Gen., sowie den Bericht der Pankel- und Gewerbesteuerkommission über die Aufhebung des Zentrums und der Sozialdemokraten zum Knappheitskriegsgesetz entgegenzunehmen und die Novellierungen zu ge-

nehmigen. In der verstarbten Budgetkommission selbst gehen die Arbeiten langsam vor statten. Das Plenum tagt während dieser Zeit nicht. Auf die Beratung ihrer Vorträge legen die Parteien kein Gewicht. Die Fortschrittliler wollen zwar ihren Antrag auf Verbot der Erhebung von Fiskalkommissionen auf die Tagesordnung bringen, aber sie werden damit kein Glück haben, da die Konterpartien sich diesem Plane widersetzen. Eine Anregung des sozialdemokratischen Vertreters im Senatorenkonvent, auch die Wahlrechtsanträge noch zu erledigen, fand auf keiner Seite Gegenliebe.

Zu bemerken ist noch, daß die Regierung den Landtag Ende Oktober, oder, wenn es nötig sein sollte, auch schon früher, zu einem neuen Tagungsabschnitt einberufen soll.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Maler im Jahre 1914.

Nach der allgemeinen Aussperrung im Vorjahre sollte das Jahr 1914 dem Verbands wieder einen größeren Mitgliederzuwachs und eine Stärkung seiner Finanzkraft bringen. Die im Frühjahr planmäßig eingeleitete umfassende Agitationsstätigkeit brachte auch tatsächlich einen recht guten Erfolg, sicher wären die gehegten Erwartungen trotz des zunächst keineswegs günstigen Geschäftsganges in Erfüllung gegangen. Der Kriegsausbruch traf den Malerverband in einem höchst ungeordneten Moment und setzte dessen weitere Entwicklung plötzlich ein Ziel. Trotzdem, und obwohl er nahezu unbeteiligt ist an den Vorkäufen, die die Produktion für den Heeresbedarf manchen Gewerben und deren Organisationen brachte, hat er seine Position behaupten können.

Als Jahresabschluss verlor der Verband nicht weniger als 14.685 Mitglieder durch Einberufung zum Kriegsdienst; nicht gerechnet jene, die in der Aufregung der ersten Kriegswochen ihre regelrechte Abmeldung unterließen. Weiter würde das starke Abwandern vieler Berufsangehöriger in die mit Militäreinsparungen bedachten Gewerbe auf sehr nachteilig. Er befaß am Schlusse des Jahres 1914 noch 22.610 Mitglieder, wobei jedoch zu beachten ist, daß in dieser Zeit der Malerberuf alljährlich seine schlechteste Saison hat. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 31.928 gegen 47.511 im Jahre 1913. Von den zum Militär einberufenen Mitgliedern mußten schon vor Monaten über 500 im Organ. des Verbandes als gefallen registriert werden.

Die Einnahmen betrugen 1.219.117 Mark, die Ausgaben 1.172.196 Mark; das Vermögen der Hauptkasse 606.500 Mk., das des Gesamtverbandes 729.171 Mark, gegenüber 720.117 Mk. am Schlusse des Jahres 1913. Danach haben die Kriegsauswirkungen der finanziellen Stärke des Verbandes nichts anhaben können und zwar, trotzdem er sein Statut zugunsten besonderer Kriegsmaßnahmen ganz erheblich erweitert. Es wurden ausgegeben: 175.102 Mark besonders, nicht im Statut vorgesehene Arbeitslosenunterstützung um 37.610 Mark Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Bis Kriegsausbruch wurden ferner gezahlt an fränke Mitglieder 338.210 Mark, für Reise-Unterstützung 335 Mark, Ehrenunterstützung 29.010 Mark, an Gemeinnützige 5342 Mark und für Rechtshilfe 4385 Mark.

Umfang und Intensität der durchgeführten Lohn- u. B. weagungen reichen nicht entfernt an den Akrastanstand heran, den die große Aussperrung im Jahre 1913 erforderte. Es wurden geführt 30 Lohnbewegungen ohne Kampf für 636 Betriebe mit 1960 Beschäftigten und 41 Lohnbewegungen für 141 Betriebe und 1091 Beschäftigte mit Kampf. Unter diesen waren 18 Angriffskämpfe, 8 Abwehrkämpfe und 3 Aussperrungen. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von 66.731 Mk. gegenüber 2.268.976 Mark im Jahre 1913. Erreicht wurde dadurch im Berichtsjahre für 1032 Gehilfen 2451 Stunden Arbeitslosenunterstützung und für 2415 Gehilfen 4170,70 Mk. Lohnerrhöhung pro Woche. Abgerechnet wurde für 223 Gehilfen für die Woche 439 Mark Lohnüberhebung und für 62 Gehilfen Gehilfen eine Arbeitszeitverlängerung. Einen großen Anteil an den Lohnbewegungen haben die Ladierer, besonders hervorzuheben ist der Kampf in den Linde-Sopmann-Werken in Breslau, ferner einige lokale Differenzen in Rheland-Westfalen zur Einföhrung des dort von den Unternehmern immer noch bekämpften Reichstagsgesetzes.

Das Tarifverhältnis mit dem Arbeitgeberverband hat sich seit der letzten großen Lohnbewegung wesentlich gebessert, denn die vielen oft mit dem Reichstagsgesetz geführten Tarifverträge während der ersten Reichstagsperiode, die von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe unter den Unternehmern herbeigeföhrt wurden, sind in der letzten Tarifperiode außerordentlich zurückgegangen. Dazu haben nicht allein das nach und nach gezeigte Verständnis und gewisse Erfahrungen, sondern auch die beim letzten Tarifschluß geschlossene Vereinfachung des Tarifsystems für Tarifverträge beigetragen. Auch während des Krieges war das Verhältnis zu den Unternehmerorganisationen zufriedenstellend. Im Malergerbe traf man mit jenen Maßnahmen, die später in der Arbeitgemeinschaft für das Bauhandwerk auf breiter Grundlage fortgesetzt wurden. — Lohnsätze wurden im Vorjahre 34 für 790 Betriebe mit 2267 Beschäftigten (darunter 1136 Mitglieder des Malerverbandes) abgeschlossen. Dabei handelte es sich um 12 Metallgeschäfte und 22 Erzeugnisse. 30 Tarife wurden friedlich, darunter 7 auf Grund des Reichstagsgesetzes vereinbart. Es bestanden am Schlusse des Jahres unter Einrechnung der Erlassenen Tarife innerhalb des Reichstagsgesetzes 362 Tarife für 15.890 Betriebe mit 55.620 Beschäftigten; von letzteren waren 30.526 organisiert.

Vom 1. April d. J. an hat der Malerverband sein Statut wieder mit geringeren Einschränkungen in Kraft gesetzt und schließlich die vor zwei Jahren unter günstigeren Verhältnissen beschlossene Neuauflage einer Arbeitslosenunterstützung trotz des Kriegszustandes bewirkt.

Bemischtes.

Die Kindersterblichkeit in London ist während des letzten Vierteljahres um 200 Fälle wesentlich im Vergleich zum Vorjahre gesunken. Die Geburtenziffer ist um 400 bis 500 wöchentlich gegen den Durchschnitt der letzten fünf Jahre gesunken. Eine Ursache ist der Mangel an Zivilisten und Pflegerinnen, die andere ist die härtere Beschäftigung der Frauen in der Industrie.

Ein verbotenes Entlastungsmittel. Das stellvertretende Generalkommando des 1. Bayerischen Armeekorps veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Nach einer Mitteilung des Chefs des Feldsanitätsdienstes im Großen Hauptquartier hat das von der chemischen Fabrik „Labor“ in Rosen hergestellte Giftmittel Flagin, das den im Felde stehenden Mannschaften usw. mehrfach von Angehörigen aus der Heimat zur Bekämpfung der Feindkräfte und des Ungeheuers zugeführt wird, in vielen Fällen infolge der Verwendung schwerer Dauererkrankungen (kraterförmige Geschwüre) hervorgerufen. Auf Grund Art. 4 Ziff. 2 des Kriegszustandgesetzes hat das stellvertretende Generalkommando 1. Bayerischen Armeekorps den Verkauf und Weitervertrieb des Mittels verboten. Der kommandierende General v. b. Tamm.“

Eshung der Frösche. Da die Frösche bekanntlich zu den ersten Rückkehrer zu gehören, hat die Leipziger Umkehrmannschaft für ihren Bezirk das Fängen oder Töten von Fröschen unter Strafe gestellt. Im Interesse der Mückenvertilgung verdient das Verbot auch in anderen Gegenden Nachahmung. Auch in Breslau. Denn manche Gegenden, wie die Straßale und in Ostmit, verändern sich durch die Mückenplage in wahre Götterstätten für Menschen. Und bezeichnend ist, daß man hier verhältnismäßig wenig Frösche findet.

Es gebe sein. Da möchte ich ihn nur bitten, mit in unsere Kassen zu kommen. In neun von zehn Fällen wird da Unterernährung festgestellt. Von hochachtbaren Ärzten kann die Stadtrat Hilger widerlegt werden. Obgleich in allen Kreisen sieht man jetzt sorgenvolle Gesichter, in allen Ständen aber bei der münderebmittelten Bevölkerung kommt die Nahrungsfrage hinzu bei der unverantwortlichen Forderung, die bei vielen Dingen unnatürlich ist und begründet und keine Folge des Krieges. Leider hat es eine Anzahl von Menschen verstanden, aus dem Kriege ein Geschäft zu machen. Herr Reiger wendet sich gegen die 75% und spricht von unangebrachter Veranschlagung. Wir fordern aber im heutigen Antrage, daß wir dort mehr Unterfertigung gezahlt wird, wo der nationale Fremdenkrieg schon unterstützt oder mäßig unterstützt. Es kann ferner nicht gesagt werden, daß die Kriegerfamilien sparen und dadurch die Entlohnungen in den Sparfassen steigen. Herr Reiger warnt immer vor Verallgemeinerung. Nun, dann versteht wohl die liberale Mehrheit in Götting auch nichts, denn sie zählt mehr als Breslau. Die heutigen Sätze bei uns sind viel zu niedrig und der Staat hätte eingreifen müssen; aber wenn der Staat nichts tut, dann muß eben die Stadt vorgehen. Trotz der 75% wird noch viel Not vorhanden sein und in absehbarer Zeit werden wir noch mehr bewilligen müssen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Hilger:
Der Stadtv. Zimmer muß mir schon glauben, daß ich die Dinge in Breslau kenne. Die Leute, die unterernährt sind nach ärztlichem Zeugnis, sind es, weil sie krank sind.

Stadtv. Kaufmann (Vid.):
Was ich im August 1914 gesagt, vertrete ich auch heute. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg stellt uns auf die Probe. Viele haben sich der Arbeit entzogen, die ihnen der Krieg auferlegte. Wir müssen die Anträge des Ausschusses annehmen.

Stadtv. Wiener (Soz.):
Es ist mir unerträglich, wie über eine so unerhebliche Sache so lange und bitter gekämpft wird. Sie sagen, Sie wollen kein Schema. Dabei haben wir über ganz Deutschland ein Schema. Der Anspruch auf Erhöhung der Unterstützung um 25% ist höchst bescheiden. Und da erheben Sie die behauerndste Entbindung, daß die Sparfasseinlagen gestiegen sind. Dabei wissen Sie doch selber, daß die Sparfasseinlagen nicht von denen kommen, für die unsere Anträge gestellt sind. Daß es auch im Mittelstande Not gibt, das wissen wir. Sozialdemokraten wirken auch in der Mittelschicht mit und fragen dazu bei, dort die Not zu lindern. Und Protektoren helfen, hier dreimal soviel zu bewilligen, als die armen Leute bekommen. Daß die Arbeit des Nationalen Frauenbundes gut gemeint ist, erkennen wir an. Aber die Müßiggangigkeit fängt ab. Die Sommerferien reichlich. Mir ist bereits ein Fall begegnet, wo eine Unterstützung nicht pünktlich ausgezahlt werden konnte, weil das Geld ausgegangen war. Deshalb nehmen Sie, bitte, unsere Anträge an.

Ein Schlussantrag wird angenommen.
Die Berichterstatter Stadtv. Böhmer (Vid.) und Jaron (Mer.) empfehlen nochmals die Annahme der Ausschusseanträge.

Stadtv. Seibold (Soz.):
Der Herr Oberbürgermeister erkennt im allgemeinen unseren guten Willen an; bei mir aber wollte er bezweifeln, ob dieser gute Wille vorhanden sei. Das war ein bitterer Vorwurf, doch muß ich ihn entschieden zurückweisen. Daß unser Herr Reiger agitatorische Gründe unterstellt, sind wir gewohnt. Aber ich will auf die anerkannten Worte hin, die seinerzeit Oberbürgermeister von der im Gemeinderat, der Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder widmete. Ich habe von meinen Worten nichts zurückgenommen. Wir, die wir täglich das Geld sehen, wissen eben schärfer darüber. Und wenn gegenüber unseren Schilderungen der Not auf die Sparfasseinlagen verwiesen wird, dann ist das eigentlich unerhört. Wenn 75 Prozent Zuschlag zuviel ist, dann müßten ja fast alle anderen Großstädte eine leichtsinnige Verwaltung haben. Ich höre da Worte von „doppelt gehalt“. Jawohl, sage ich, wir müssen doppelt geben, weil eben drei Quart für eine Frau zu wenig sind. Ich bitte nochmals um Annahme meiner Anträge.

Die Abstimmung ergibt: Die Ausschusseanträge werden angenommen, der Antrag Seibold abgelehnt.

Nachdem unser ernstes Bemühen, allen bedürftigen Kriegerfamilien eine Aufbesserung zuzuwenden, gescheitert ist, müssen wir die nothleidenden Frauen ersuchen, sich mit ihren Anträgen auf Erhöhung ihrer Unterstützung an die Patrone des Nationalen Frauenbundes zu wenden und zwar auch bei den noch laufenden, aber zu niedrigen Unterstützungen! Wo diese Patrone verstreut sind, wie es schon jetzt häufig der Fall ist, teile man das der Leitung des Frauenbundes unverzüglich mit, denn das darf doch kein Grund sein dafür, daß die Kriegerkinder weitere Entbehrungen ertragen. Die Patrone aber bitten wir, den Anträgen mit Wohlwollen entgegenzukommen und sie nicht an formalen Einwänden scheitern zu lassen.

Der Verkauf von Desinfektorien zum Behandeln von Krebskranken werden 30.000 Mark bewilligt.
Eine Anzahl zum Besichtigen von Flugzeuge in der Gedrängte am Scheibweg dringend nötig. Die Kosten von 4100 Mark werden bewilligt.
Der Berlin für soziale Kolonisation erhält für seine Verdienste, die bei der Unternehmung von Kriegskindern und Kriegerwitwen erwiesen ist, eine Belohnung von 200 Mark.

Im dem alten Hof der alten Ober, oberhalb der Rosenbacher Straße, wird eine Barackenbewahrung neu angelegt. Die Kosten betragen 4500 Mark.
Der Stadtrat wird im Hofe Straßenseite 12 eine Wohnung bewilligt.

Schluss der öffentlichen Sitzung um 7¼ Uhr abends. In der geheimen Sitzung wurden die Stadtratsbeschlüsse über die Mitglieder und Kaufmann Främbsdorf als unbefähigte Mitglieder des Ausschusses. Dann bewilligte die Versammlung 1.100.000 Mark für Vermögenserhaltungsarbeiten und nahm mit 24 gegen 23 Stimmen die Vermögenserhaltungsarbeiten an, auf der Hochstraße eine Sammelstelle für Bücherabfälle zu errichten. Die Ausschüsse 2 und 6 empfehlen, die Vorlage abzulehnen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. Juni.

Mehr Brot bei schwerer Arbeit.

Es wird jetzt mitgeteilt, daß der Bundesrat in die letzten Tagen einen Beschluß über die Erhöhung der Brotmenge für die schwer arbeitende Bevölkerung fassen werde. Dazu wird weiter im Berliner Tageblatt gesagt:
Die Getreideverwalter werden dann überall im Reich durch Unterweisung von größeren Mengen Weizen in der Lage sein, den schwer arbeitenden Teil der Bevölkerung eine ausreichende Brotmenge zu stellen. Das hierzu erforderliche Anwesen wird dem Bundesrat sehr leicht werden; es dürfte

100.000 Doppelzentner nicht erheblich überschreiten. Auch für die Erleichterung des Fremdenverkehrs Lehr wird durch eine Bundesratsverordnung ein Teil der Vorratserbe zu Verfügung gestellt werden, womit den Wünschen der Gegenden mit starkem Fremdenverkehr Rechnung getragen wird. Trotz dieser teilweisen Verfügung über die Reserve an Brotgetreide werden wir aber doch noch mit einem so großen Ueberschuß in die neue Ernte hineingehen, daß deren Erträge jedenfalls nicht vor Ende September oder Anfang Oktober in Anspruch genommen zu werden brauchen. Unsere Versorgung mit Brotgetreide auch für das kommende Erntejahr ist mithin über jeden Zweifel erhaben.

Städtische Kartoffel-Verkaufsstellen.
Der Magistrat hat für die Abgabe von Speisefertkosteln in Mengen von 10 Pfund für 45 Pfg. zwei weitere Verkaufsstellen eröffnet. Es bestehen jetzt vier solche Verkaufsstellen:
Schweigerstraße 23,
Rosenstraße 19/25,
Clausewigstraße 10/23,
Siebenhufenerstraße 29 (Gasanstalt D).

Schutzimpfungen gegen Cholera und Typhus.
Der Polizeibericht meldet: Bei den guten Erfolgen, die nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen bei unseren im Felde stehenden Truppen mit den Schutzimpfungen gegen Cholera und Typhus erreicht worden sind, erscheint es wünschenswert, auch bei Zivilbevölkerung die Möglichkeit zu geben, nötigenfalls solche Impfungen durch die praktischen Ärzte an sich ausführen zu lassen. Der Polizeipräsident macht deshalb öffentlich bekannt, daß das Königl. Institut für Infektionskrankheiten Robert Koch in Berlin N 29, Höhrerstraße 2, die Impfstoffe zu nachbezeichneten Einheitspreisen (einschließlich Gebrauchsanweisung, Packung und Porto) vorrätig hält: 10 cem 1 Mk., 20 cem 1,50 Mk., 100 cem 4 Mk., 500 cem 12 Mk., 1000 cem 20 Mk.

„Geheirter“ Kriegsgemüsefamen.

Der in Fachkreisen allgemein bekannte und auch als Gartenbauhistoriker viel geschätzte Garteninspektor N. Janson nimmt in der „Süddeutschen Gärtnerzeitung“ das Wort zu einer geharnischten Klage gegen die Gemüsefamenhändler, denen er nachsagt und nachweist, wie sie die Kriegszeit nicht bloß wucherisch, sondern auch unmittelbar betrügerisch benutzt haben, um Gemüsesamen, von dem ihnen bekannt, daß er durchaus nicht mehr lebensfähig ist, als frischen, lebensfähigen Samen auf den Markt zu bringen und ihn als solchen zu verkaufen.

„Alle Zeitungen mahnen und ermahnen jeden einzelnen ihrer Leser: Laut Gemüße! In den Vereinen aller Art wurde den Leuten unter die Nase gerieben, und immer wieder, daß es ihre verbotene Pflicht und Schutzpflicht sei, das Vaterland zu erreichen und Gemüße zu bauen.“

Die erste Folge dieser unachtsamen Mahnrufe war, daß alle möglichen und unmöglichen Gebührende von Laien dem Gemüsebau erschlossen wurden. Das wird schon manche Enttäuschung bringen; denn nicht alles Gemüse eignet sich zum Gemüsebau. Zunächst stellt sich über die zweite Enttäuschung ein: Soweit man die Pfanzlinge nicht vom Gärtner kaufen kann oder laßt, sondern selbst auszusäen vornehmen muß oder vorzuziehen, versagt der gekaufte Samen größenteils; er geht nicht auf. Man ist noch einmal mit demselben Ergebnis. Und vielleicht auch ein drittes Mal, kommt aber nicht weiter. Inzwischen eilt die Zeit dahin, und es wird für mehrere Versuche zu spät. Will man das Land nicht dem handernden Unkraut überlassen, dann legt man vielleicht noch Spätkartoffeln, vielleicht, — wenn man nicht schon an seiner „Kunst“ verzweifelt ist.

Janson sagt, die Klagen über den diesjährigen Gemüsefamen seien in Gärtnereien ganz allgemein, und deshalb dürfte das öffentlich ausgesprochen werden. Die an sich kostenswerten Anregungen und Ermahnungen haben eine Nachfrage an Samen hervorgerufen, die weit über das Doppelte anderer Jahre hinausgeht. Jeder Gärtner weiß, daß die Keimkraft der Samen mit den Jahren des Lagerens abnimmt, und ebenso weiß ein jeder, daß es offenes Geheimnis im Samenhandel ist, daß vorzügliche Reifestände unter die frischen Lieferungen gleicher Sorte gemischt werden, um diese Reste — nicht in die Suppe lösen zu müssen. Und seit Jahresanfang nimmt jedermann mit dieser — freilich rechtlich sehr anzusehenden Behauptung — in's Reden.

Aber in diesem Jahre ist dieser lässliche Brauch, unter dem Vangel früherer Jahre und angesichts der ungeheuren Nachfrage, haben angeendet, daß man Erbsensammler und Bohnenerbauer mit unter die Jugend gebracht hat. Und das in einem sehr unglücklichen Verhältniß!

Ich habe selbst die Probe auf's Beispiel gemacht, indem ich den verschiedenen Firmen Samen aus die Keimkraft nachprüfte. Von Rades Hon plus ultra fand bei mir etwa 20 Prozent, von Solat Rosberg rund 25 Prozent von Rades Glatz 18 Prozent, von Berliner Blaurotum frühen Mattraut etwa 15 Prozent, von Würzburg Ebenkopf 20 Prozent, von Rades Blauer Bienen Glas 16 Prozent, Erbsen verschiedener Sorten nur 40 Prozent usw. gelassen.

So sind viele, vielleicht die meisten Firmen, über die berechtigten Ansprüche des Gärtners hinweggegangen, um der Regenerationsrate im Interesse ihres Selbstzweckes zu genügen. Sie haben die Anzeichen der Regenerationsrate wahrgenommen, und der Gärtnerei war ihnen im höchsten Sinne der Wortes Markt!

Trotz der ungleich viel größeren Gemüsebaufläche des Kriegsjahres 1915 wird nicht mehr Gemüse als sonst geerntet werden. Wie die größte Zahl der Laiengemüsezüchter wenig Erfolg aus ihrem Samen erzielen werden, und weil wir Gemüsegärtner vielfach wertvollen Samen erhalten.

Hier liegt also offenkundig Betrug vor, der auch strafrechtlich verfolgt werden mußte.

Freigesprochen.

Die Ruffen Eise Krummel geb. Reiner mußte sich wegen Abrechnung der Weichstrich vor den Geschworenen verantworten. Die Angelegte, vor kurzem wegen deselben Verbrechen vom Schwurgericht zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, wurde aus dem Zuchthaus in Lauer vorgeführt. Die Geschworenen konnten sich von einer Schuld der Angelegten nicht überzeugen; ihr Spruch lautete auf „nicht schuldig“. Die Angelegte wurde deshalb freigesprochen.

Künstliche Gliedmaßen, Brunnen und Baderufen für Soldaten.

Es wird uns geschrieben: In den Zeitungen erscheinen nicht selten Anzeigen, in denen künstliche Gliedmaßen, Gliedmaßen für gebrauchsunfähige Glieder, Krücken usw. oder Sammlungen zur Beschaffung solcher Gegenstände für unsere Resoranzangehörigen erbeten werden. — Das beweist, daß in weiten Kreisen unserer Bevölkerung noch Unkenntnis darüber herrscht, daß den Verstümmelten oder sonst beschädigten Resoranzangehörigen alle diese Apparate auf Reichskosten von der Heeresverwaltung geliefert werden.

Ein jeder Soldat, der im Dienst größere Gliedmaßen verloren hat, kann die Gewährung künstlichen Ersatzes verlangen, und zwar ist dafür gesorgt, daß nur gute und brauchbare Apparate geliefert werden, die wirklich geeignet sind, dem Träger Nutzen zu gewähren. — Für Leute, die den Verlust eines oder beider oberer Gliedmaßen haben, können in besonderen Fällen auch sogenannte Arbeitsprothesen beschafft werden, die an Stelle der nachgemachten Hand besondere Vorrichtungen haben, wodurch der Träger befähigt wird, seinen künstlichen Arm auch berufsmäßig zu verwenden.

Bei Verlust eines Beines ist neben dem künstlichen Bein eine Aushilfsprothese zu liefern. In der Regel wird als Aushilfe ein Stielfuß gewählt, doch kann an seiner Stelle unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse auch ein zweites künstliches Bein, wenn auch einfacherer Art, bewilligt werden.

Bei Verlust der Augen werden künstliche Augen und das Zahnverlust künstliche Gebisse auf Reichskosten beschafft. Wenn Soldaten mit geheiltet Amputationswunden oft längere Zeit ohne künstliche Ersatzstücke gelassen werden, so liegt das sicher daran, daß es für die Verstümmelten um so leichter ist, je weiter die Vereinerung der künstlichen Glieder hinausgeschoben werden kann. Der Amputationsklumpf verandert sich nämlich nach der eigentlichen Heilung der Wunde meist noch erheblich. Ein zu früh beschafftes Ersatzstück pflegt daher bald nicht mehr zu passen und seinem Besitzer nur Beschwerden, aber keinen Nutzen zu gewähren.

Aus Reichsmitteln geschieht übrigens nicht nur das erste Beschaffen der künstlichen Glieder. Die Kriegsverstümmelten haben dauernd Anspruch auf späteren Ersatz, Ergänzungen, Ausbesserungen usw. auf Kosten des Reichs.

Auch über die Gewährung von Brunnen- und Baderufen herrschen in vielen Kreisen irrige Anschauungen. Von der Heeresverwaltung ist in einer größeren Zahl deutscher Kurorte für Aufnahme der Kriegsteilnehmer gesorgt. Der größte Teil wird darauf gelegt, daß die Geldmittel unserer Väter und sonstiger Kurorte in weitem Umfange zum Wohle unserer Kranken- und Verwundeten ausgenutzt werden. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen sind, ist im Armeeverordnungsbuch bekanntgegeben, sodas die behandelnden Ärzte für jeden Heeresangehörigen, der einer Kur bedarf, den geeigneten Kurort auszusuchen und die Bewilligung der Kur auf Reichskassen beantragen können.

Für die nicht mehr dem Heere Angehörigen, bereits als dienstunbrauchbar ausgeschiedenen Kriegsteilnehmer verfügt die Heeresverwaltung auch über eine begrenzte Zahl von freien Baderufen, auf die allerdings kein Anspruch besteht. Hier hat es sich die Baderabteilung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz angelegen sein lassen, für unsere Kriegsgeschädigten zu sorgen, sodas auch für alle früheren Heeresangehörigen in weitem Maß gesorgt ist.

Aus diesen Vorlegungen ergibt sich zur Genüge, das es durchaus überflüssig ist, zum Beschaffen künstlicher Gliedmaßen und sonstiger Apparate für unsere Kriegsteilnehmer die öffentlichen oder privaten Wohltätigkeit anzurufen.

Selbstberümmelung.

In Frelde wurde zur Nachtzeit in einem Unterstand die schlafende Mannschaft durch einen Schuß geweckt. Der Erschreckte Walter Stein von Reserve-Regiment 104 lag am Boden, den linken Fuß ohne Stiefel, die kleine Zehe war durch einen Streifschuss verletzt und neben ihm lag ein noch warmer Lauf und der Mündung auf den Fuß zu ein abgeschossenes Gewehr. Er hatte geäußert, daß Umherfliegen der Geschosse gefalle ihm nicht. Wer so ein Ding an den Kopf bekomme, laße nichts mehr. Er wolle nach Haus, bei Mutter sei es schöner. Die Zehe ist ausgeheilt und ist dienstbrauchbar. Der Vertreter der Militärhilfsrichter Langsdorf, beantragt wegen verweigerter Selbstberümmelung die Vernehmung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und neun Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf die Ehrenstrafe und ein halbes Jahr Gefängnis. Nach Verurteilung des Urteils versuchte er, zum Fenster hinauszuspringen und konnte nur mit größter Gewalt zurückgehalten werden. (G.R.)

Konzert im Lazarat. Sonntag, den 6. Juni, fand auf Veranlassung des Akademischen Zweigvereins des Humboldt-Vereins im Israelitischen Krankenhaus ein Konzert für unsere Verwundeten statt. Der bekannte Pianist Hugo Wark eröffnete die Vortragsreihe mit ausgezeichneten Vorträgen am Flügel. Ebenso meisterhaft führte er die Begleitung der Gesänge. Herr Herbert Goldstein bot eine Anzahl gut gewählter Lieder. Die beliebte Konzertlängerin Frau Dr. Hilde Dialeon sang mit ihrer wunderbaren Koloraturstimme ausserordentliches Lieder, die ihrer Kunst Raum zur freien Entfaltung geben. Fräulein Wuschl Kattler (Maria Grünbaum) erweilte mit geschmackvoll gewählten Vorträgen ihr Vortragsrepertoire während Fräulein Käthe Schottländer durch temperamentvoll vorgetragene Lieder zur Laute allgemeine Aufmerksamkeit erregte. Der rauschende Beifall beweist bei jedem Konzert vornehm, das durch berufliche Veranstaltungen einem vorhandener Bedürfnis Rechnung getragen wird. Er ist zugleich der beste Dank für alle, die sich so selbstlos in den Dienst dieser guten Sache stellen.

Veränderung der Musiktermine. Der Polizeipräsident macht öffentlich bekannt, das wegen Verlegung der Sommerferien der hiesigen Schulen in diesem Jahre die öffentlichen unentgeltlichen Impfen und Wiederimpfungen nicht nur bis zum 22. Juni, sondern bis zum 6. Juli geschehen und dann am 22. und nicht schon am 6. August wieder beginnen.

Die nächste Stadtverordneten-Sitzung ist Donnerstag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Gegen den Wiederanbau der Kamandmäht an der alten Stelle wendet sich der Bezirksverein der innern Stadt in einem Gesuch an die städtische Bau-polizei und den Regierungs-Präsidenten. Der Verein begründet seine Forderung mit der bekannten Feuergefährlichkeit der Rehmühlen. Ein Mühlenbetrieb gehört nicht dazu an das Häusergewirr der Großstadt. Nach der „Bresl. Z.“ wird es bereits an maßgebender Stelle ertrogen, statt der Mühle vielleicht ein städtisches Elektrizitätswerk in Verbindung mit einer neuen Brückenanlage zu bauen.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.

III.
(Schluß.)

In zwei weiteren Kapiteln des Davidschen Buches wird die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten und in Rußland behandelt. Wenn die deutsche Sozialdemokratie überzeugt war, daß sie verpflichtet ist, für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Schicksal des deutschen Volkes den Kampf aufzunehmen, hat sie damit, wie einige behaupten, "Verrat an der Internationale" begangen? Wie töricht dieser Vorwurf ist, zeigt sich schon an dem Verhalten der sozialistischen Parteien der anderen Staaten. Die Sozialisten Oesterreichs, Belgens, Frankreichs, Englands haben ebenso gehandelt wie die deutschen Sozialisten. David stellt die wichtigsten Kriegslagebedingungen der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern zusammen. Es drängt sich jedem objektiv Urteilernden mit überzeugender Eindringlichkeit die Tatsache auf, daß es keine Partei auch mit den Grundbegriffen der Internationale erster Genommen hat als die deutsche Sozialdemokratie. Insbesondere die französischen Sozialisten sind leider allzusehr über die berechnete Linie der Verteidigung ihres Landes hinausgegangen und in einen Kultus des Hasses und der Eroberungssucht verfallen.

Die einzigen, die auf Grund ihres eigenen Verhaltens berechtigt sein könnten, die Sozialisten Deutschlands, zugleich aber auch die der Westmächte, des "Verrats an der Internationale" anzuklagen, sind — so führt David weiter aus — die Sozialisten Rußlands und Serbiens. Wiederum an der Hand von Menschenwürde wird die regierungsfreudliche Haltung der russischen Sozialisten während des Krieges dargestellt. Die Taktik der russischen Sozialisten erklärt sich vollständig aus den Zuständen ihres Landes, und man muß die größte Hochachtung haben für den Mut und die Opferfreudigkeit von Männern, die lieber die Schrecken der russischen Justiz über sich ergehen lassen, als mit der zarischen Regierung gemeinsame Sache zu machen. Aber vorbildlich für die deutsche Sozialdemokratie kann die russische Taktik nicht sein, die alles von "außerparlamentarischen Aktionen" erwartet, auf den Bürgerkrieg und die soziale Revolution hinstreut und darum keinerlei Interesse zu haben vermeint, ob das eigene Land die Kriegsbeute auswärtiger Fremdherrschaft wird. David sagt mit Recht:

"Die deutsche Sozialdemokratie hat keinen Augenblick daran gedacht, den Sieg eines auswärtigen Feindes zu fördern, um mit seiner Hilfe innerpolitische Freiheitsforderungen zu erzwingen. Den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln zu wollen, wäre Wahnsinn gewesen. Sie weiß solche Zumutungen, aus welchen Motiven immer sie emgehen sein mögen, mit aller Entschiedenheit ab. Sie ernsthaft mit solchen Fingergespinnsten auseinanderzusetzen, erübrigt sich."

In der russisch-revolutionären kosmopolitischen Theorie wird auch der Begriff des Vaterlandes vollständig verneint. Die Vaterlandslosigkeit wird als angeblich sozialistischer Grundsatz ausgegeben. Der Klärung dieser allerbedeutendsten Grundfrage widmet David das letzte Kapitel seines Buches: "Nation und Internationale". Es geht aus von den Anschauungen von Marx, Engels, Lassalle, die sich so ernsthaft um die Lösung der nationalen Einheitsfrage gekümmert haben, daß sie unter keinen Umständen als Kronzeugen genannt werden dürfen von denen, die die Pflicht zur Verteidigung der errungenen Einheit in Abrede stellen. Weiter werden Ansprüche von Hebel, Vollmar, Jaures angeführt, die alle den "Verteidigungs nihilismus" vollständig ablehnen und die große Bedeutung der Nation als einer Stufe der menschlichen Kulturentwicklung anerkennen.

David's Buch schließt mit einer interessanten Abhandlung über die fortdauernde Bedeutung der Nation in der Menschheitsgeschichte und über das Verhältnis von Nationalität zu Internationalität, von nationaler Gefinnung zu internationalen Weltfriedensbestrebungen. Der Verfasser ging davon aus, die Stellungnahme der Sozialdemokratie im Weltkrieg aus den realen Tatsachen des gegenwärtigen Zeitalters zu rechtfertigen, nun mündet seine Betrachtung in folgendem idealistisch-glaubensvollen Ausblick in die Zukunft der Menschheit.

... Angesichts dieser historischen Entwicklung des Nationalitätenlebens kann nur eine oberflächliche Prophetie die Verschmelzung der Nationen in einen gleichartigen Weltkörper als Zukunftsziel sehen. Das große biologische Gesetz der Differenzierung wird nicht innehalten. Der Sozialismus hat auch nicht das geringste Interesse daran, es zum Innehalten zu zwingen. Das Prinzip der Sozialisierung widerspricht dem des nationalen Eigenlebens in keiner Weise. Selbst, wenn man sich die Volkswirtschaften der einzelnen Nationen zu einer einzigen sozialisierten Weltwirtschaft verschmelzen und das Ganze unter eine einheitliche politische Zentralregierung gestellt dächte — eine Zukunftsstaatskonstruktion, die in keiner Weise eine notwendige Ableitung aus dem Prinzip des Sozialismus ist —, so würde selbst innerhalb eines solchen Weltkörpers nationales Eigenleben fortbestehen können und müssen. Denn dieses Eigenleben erzeugt seine Kulturwerte eigenen Gepräges. Es bewirkt dadurch eine ungeheure Bereicherung und Vermannigfaltigung des Menschheitsdaseins. Die Gliederung in Einzelnationen bedeutet gewissermaßen das Prinzip der Arbeitsverteilung für die Produktion feinerer Stoffe der physischen und geistigen Weltkultur. Die Nationen "verschmelzen", hieße die mannigfaltige Blütenpracht des menschlichen Kulturbaumes plump zerstören.

Durch die allmähliche Überwindung der sozialen Gegensätze im Innern und der ökonomischen Interessengegensätze zwischen den Nationen aber muß es gelingen, die feindlichen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen innerhalb und zwischen den Nationen durch Ordnung und Gesetz zu überwinden. Der Krieg ist eine rohe, ungewöhnliche Form der Austragung solcher Gegensätze. Der gegenwärtige Krieg selbst wird nicht wenig dazu beitragen, diese Einsicht in neue Millionen von Köpfen zu hämmern. Der Kampf ums Dasein mit den Mitteln der Gewalt muß verschwinden zwischen den Völkern, wie er verschwinden ist zwischen den Individuen innerhalb des Staatsverbandes. So richtig es ist, daß dieser Kampf ums Dasein für die Emporentwicklung des Menschengehirns aus der Tiefe der Tierheit von größter Bedeutung war, so unrichtig ist die daraus abgeleitete Behauptung einiger darwinistischer Soziologen, daß das darum auch für alle Zukunft so bleiben müsse.

Wie im Innenleben der Völker der Kampf ums Dasein mit den Mitteln der gewaltsamen Vernichtung zwischen den Individuen ausgemerzt werden konnte, ohne den physischen Verfall der Rassenfähigkeit nach sich zu ziehen, so wird es möglich sein, auch aus dem

Kampf ums Dasein zwischen den Völkern jene grausamen Methoden der Bergangheit auszuschalten, den "Kampf um die Futterflüge" mit den Waffen der Vernichtung zu vermeiden in einen Wettkampf technischer und kultureller Natur unter Anerkennung der Nachbarn als gleichberechtigter Mitglieder des Menschheitsganzen. Den Vernichtungskampf auszuschalten heißt nicht, den Wettkampf der Kräfte auszuschalten. Die Anerkennung der völkischen Lebensberechtigung aller Völker, die Gewährleistung einer ausreichenden Lebensbasis für die vorhandenen Menschengruppen, braucht nicht zur Stagnation des nationalen und menschlichen Daseins zu führen. Das Gegenteil wird der Fall sein. So wie erst auf der Voraussetzung eines materiell gesicherten Daseins die höchsten geistigen und künstlerischen Entwicklungen der Individuen sich entfalten, so werden auch die zu höchster Entfaltung drängenden kulturellen Kräfte der Völker erst frei, wenn die elementaren Existenznotwendigkeiten gedeckelt sind.

Erst auf dieser Grundlage können die Nationen ihre höchsten Leistungen für die allgemeine menschliche Kultur vollbringen. Das Dasein der Nation darf ja nicht als Selbstzweck gefaßt werden. Ueber die Nation hinaus gibt es Ziele der allgemeinen Kultur, denen jede Nation zu dienen hat. Waren ehemals nur die Religionen mehr oder minder Ausprägungen dieser übernationalen Ideale, so sind nunmehr die edelsten Geister, die größten Dichter und Denker der Menschheit in allen Völkern die Herde. So heilig und das Recht jedes Volkes auf natürliche Eigenleben ist, so bricht doch dieses Recht in sich zusammen, sobald sich das Leben einer Nation in Gegensatz setzt zu der Kulturentwicklung der Menschheit. Das Ganze der Menschheit ist wertvoller als irgend ein Teil. Darum findet in dem höheren Recht der gesamten menschlichen Emporentwicklung der besondere Anspruch jeder Nation seine Schranke.

Die Verleumdung oder Mißachtung dieses Verhältnisses von Nation und Menschheit führt zu jenen schandvollen Verworfungen und Verzerrungen nationalen Strebens und Lebens, die wir als nationale Entartung bezeichnen. Wie der einzelne ein Recht hat der Selbstachtung und Selbstbehauptung, so die Nation. Aber ebensowenig wie Selbstüberhebung und Niedertrachtung des Rechtes des anderen dem einzelnen zugebilligt werden kann, so wenig steht das einer Nation zu im Zusammenleben mit anderen. Eine schrankenlose Machtvollmacht mit brutaler Mißachtung und Unterdrückung fremden nationalen Lebens ist unerträglich mit höchster nationaler Eigenliebe.

Verufen zur Mitarbeit an der Emporentwicklung der Menschheit, hat die deutsche Nation das Recht und die heilige Pflicht zur Selbstbehauptung und freien Entfaltung ihrer Kräfte. Aus diesem tiefsten Untergrund ihrer eigenen nationalen Individualität entspringt zugleich auch das Pflichtgefühl der Achtung vor dem nationalen Leben der anderen zur Mitarbeit am allgemeinen Aufstieg der Völker. Im Sinne dieser beiden Gebote steht jede Nation vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte. Ich schließe mit dem Ausdruck der Überzeugung: Das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie werden vor diesem Richterstuhl bestehen."

Politische Uebersicht.

Die preussische Wahlreform — ihre nationale Tat!

Im "Berliner Tageblatt" fordert ein evangelischer Geistlicher aus Schleswig-Holstein die schnelle Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Er gibt seiner Forderung folgende nationale Begründung:

Wie würde eine solche vom Regierungsrat angeordnete Abänderung in den Schlingengräben aufgenommen werden, welchen Jubel würde das auslösen, und in welche Stärkung des Mutes und der Kampfkraft würde sich das umsetzen! Will die Regierung in Preußen auch jetzt noch, wie einst die daphnische Pythia, geheimnisvoll orakeln und in unklaren Worten das Welt auf die Zukunft verweisen, daß man nach dem Kräfte in Erwägungen eintreten werde. Erwägungen, die sich vielleicht jahrelang hinhängen können, wobei dann auch der alte Trumpf gaunerischerseits ausgiebig würde, das alte System kann doch nicht so leicht gewechselt sein, denn unter ihm sei das Bisherige geklärt worden!

Dieser Trumpf ist nicht vernünftig, aber auch nur vernünftig, denn wie lange wird noch dauern und wird noch fordern dieser Krieg, und zum andern: wird nach ihm irgendwie ein ewiger Frieden garantiert sein? Wenn aber unsere Bekennenden sich selber sagen, daß sie nunmehr Preußen doch nicht werden vorantreiben können, was das Reich, was die meisten deutschen Bundesstaaten, was sogar die Reichslande Elsaß-Lothringen beiseite, warum in aller Welt wollen sie nach dem Krieg sich erst mühsam abringen lassen, was sie bei dieser bölligen neuen Zollfrage doch nicht mehr festhalten können, wodurch jetzt aber als freiwillige Gabe für die Herzen der preussischen Arbeiterwelt restlos erobert würden!

Der evangelische Geistliche schließt sich damit jenen zahlreichen Stimmen von Nichtsozialdemokraten an, die sich aus rein nationalen Gründen für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Nichtsozialdemokraten und natürlich nicht sie allein, der Regierung später einmal den Vorwurf machen könnten, sie habe mit einer wichtigen Maßnahme zur Verteidigung des Reiches allzu lange gezögert. Es ist äußerst fraglich, ob es von der Regierung, der es an stillen Widerstehern ohnehin nicht fehlt, politisch klug wäre, wenn sie sich diesem Vorwurf auslegte und damit die Zahl ihrer Gegner noch vermehrte.

Zur Geschäftslage des preussischen Landtages.

Durch den erneuten Beschluß, den Landtag nicht zu vertagen, sondern die Session zu schließen, hat die Regierung die ursprünglichen Dispositionen des Abgeordnetenhauses völlig durchkreuzt. In der Annahme, daß die Session vertagt werden würde, sollte das Abgeordnetenhause sehr nach das Fischereigesetz im Plenum erledigen, damit das Herrenhaus im Herbst mit seinen Arbeiten beginnen kann. Da die Regierung den Wünschen des Abgeordnetenhauses nicht nachgegeben ist, andererseits aber auf die Verabschiedung des Fischereigesetzes Wert legt, so soll jetzt versucht werden, es möglichst schnell in zweiter und dritter Lesung zu beraten und es dann sofort dem Herrenhause zur weiteren Behandlung überweisen. Um dies erreichen zu können, hat der Senatorenkonvent am Mittwoch beschloffen, daß diesen Sonntagabend eine Plenarsitzung mit der Tagung: 1. und 2. Lesung des Fischereigesetzes, abgehalten wird.

Am Montag wird das Herrenhaus zusammenzutreten und die Kommission zur Vorbereitung des Gesetzes wählen. Diese Kommission soll ihre Arbeiten so beschleunigen, daß das Plenum möglichst noch in nächster Woche zu ihren Beschlüssen Stellung nehmen kann. Nimmt das Herrenhaus die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert an, dann könnte das Gesetz also in kaum 14 Tagen verabschiedet sein. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß die Regierung nicht etwa die Session noch während der Beratung der Kommission des Herrenhauses schließt, eine Möglichkeit, mit der immerhin gerechnet werden muß. Die Parteien des Abgeordnetenhauses würden darin allerdings eine Bräuterei erkennen. Welt die Erledigung des Fischereigesetzes glatt von fliegen, dann rechnet man mit einem Schluß der Session am den 21. Juni herum.

Das Abgeordnetenhause wird außer Sonntagabend dann nur noch einmal zusammenzutreten, um den Bericht der verstärkten Budgetkommission über den Antrag Brütt und Gen., sowie den Bericht der Handels- und Gewerbekommission über die Anträge des Zentrum und der Sozialdemokraten zum Annapassungs-kriegsgesetz entgegenzunehmen und die Anordnungen zu ge-

nehmigen. In der verstärkten Budgetkommission selbst gehen die Arbeiten langsam von fliegen. Das Plenum sagt während dieser Zeit nicht. Auf die Beratung ihrer Anträge legen die Parteien kein Gewicht. Die Fortschrittler wollen zwar ihren Antrag auf Verbot der Gründung von Selbstkommissionen auf die Tagesordnung bringen, aber sie werden damit kein Glück haben, da die Konzentralen sich diesem Plane widersetzen. Eine Anregung des sozialdemokratischen Parteirefers im Senatorenkonvent, auch die Wahlrechtsanträge noch zu erledigen, fand auf keiner Seite Gegenliebe.

Zu bemerken ist noch, daß die Regierung den Landtag Ende Oktober, oder, wenn es nötig sein sollte, auch schon früher, zu einem neuen Tagungsabschnitt einberufen soll.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Maler im Jahre 1914.

Nach der allgemeinen Ausspeicherung im Vorjahre sollte das Jahr 1914 dem Verbands wieder einen größeren Mitgliederzuwachs und eine Stärkung seiner Finanzkraft bringen. Die im Frühjahr planmäßig eingeleitete umfassende Agitationsstätigkeit brachte auch tatsächlich einen recht guten Erfolg, sicher wären die gehegten Erwartungen trotz des zunächst keineswegs günstigen Geschäftsganges in Erfüllung gegangen. Der Kriegsausbruch traf den Malerverband in einem höchst ungeeigneten Moment und legte dessen ersteinstufige Entwicklung plötzlich ein Ziel. Trotzdem, und obwohl er nahezu unbeteiligt ist an den Vorkäufen, die die Produktion für den Kriegsbefehl manchen Gewerben und deren Organisationen brachte, hat er seine Position behauptet können.

Als Jahresabschluss verlor der Verband nicht weniger als 14.685 Mitglieder durch Einberufung zum Kriegsdienst: nicht gerechnet jene, die in der Aufregung der ersten Kriegstage ihre registrierte Abmeldung unterließen. Weiter wirkte das starke Abwandern vieler Berufsangehörigen in die Militärleistungen bedacht Gewerbes auf ihn sehr nachteilig. Er besaß am Schluß des Jahres 1914 noch 22.610 Mitglieder, wobei jedoch zu beachten ist, daß in dieser Zeit der Malerberuf alljährlich seine schlechteste Saison hat. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt betrug 34.928 gegen 47.511 im Jahre 1913. Von den zum Militär einberufenen Mitgliedern mußten schon vor Monaten über 500 im Organ des Verbandes als gefallen registriert werden.

Die Einnahmen betragen 1.219.117 Mark, die Ausgaben 1.172.196 Mark; das Vermögen der Hauptkasse 606.500 Mk., das des Gesamtverbandes 729.171 Mark, gegenüber 720.117 Mk. am Schluß des Jahres 1913. Danach haben die Kriegsfolgen der finanziellen Stärke des Verbandes nicht anhaben können und zwar, trotzdem er sein Statut zugunsten besonderer Kriegsmassnahmen ganz erheblich erweitert. Es wurden ausgegeben: 175.102 Mark besondere, nicht im Statut vorgesehene Arbeitslosenunterstützung und 57.616 Mark Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer. Bis Kriegsausbruch wurden ferner gezahlt an kranker Mitglieder 338.210 Mark, für Reise-Unterstützung 1335 Mark, Sterbenunterstützung 29.010 Mark, an Gemaltregelle 5242 Mark und für Rechtschutz 4385 Mark.

Umfang und Intensität der durchgeführten Lohn- und Preisbewegungen reichen nicht entfernt an den Kraftaufwand heran, den die große Lohnbewegung im Jahre 1913 erforderte. Es wurden geführt 30 Lohnbewegungen ohne Kampf für 636 Betriebe mit 1960 Beschäftigten und 41 Lohnbewegungen für 141 Betriebe und 1091 Beschäftigte mit Kampf. Unter diesen waren 18 Agitations-, 8 Abwehrkämpfe und 3 Aussperrungen. Die Lohnbewegungen erforderten eine Ausgabe von 66.731 Mk. gegenüber 2.293.978 Mark im Jahre 1913. Erreicht wurde dadurch im Vergleichsjahre für 1032 Gehilfen 2451 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 2415 Gehilfen 4170,70 Mk. Lohn-erhöhung pro Woche. Abgewehrt wurde für 222 Gehilfen für die Woche 130 Mark Lohnherabsetzung und für 62 Gehilfen Gehilfen eine Arbeitszeitverlängerung. Einen großen Anteil an den Lohnbewegungen hatten die Lackierer, besonders hervorzuheben ist der Kampf in den Vink-Sopmann-Werken in Breslau, ferner einige lokale Disziplinen in Rheinland-Westfalen zur Einführung des dort von den Unternehmern immer noch bekämpften Reichstarifvertrages.

Das Tarifverhältnis mit dem Arbeitgeberverband hat sich seit der letzten großen Lohnbewegung wesentlich gebessert, denn die vielen oft um die kleinsten Objekte geführten Tarifstreitigkeiten während der ersten Reichstariifperiode, die von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe unter den Unternehmern herbeigeführt wurden, sind in der letzten Tarifperiode außerordentlich zurückgegangen. Dazu haben nicht allein das noch und nach gesteigerte Verständnis und gewisse Erfahrungen, sondern auch die beim letzten Tarifabschluß geschaffene Vereinfachung des Zustanzweges für Tarifstreitigkeiten beigetragen. Auch während des Krieges war das Verhältnis zu den Unternehmerorganisationen zufriedenstellend. Im Malergeberbe traf man mit zwei Maßnahmen, die in der Arbeitsgemeinschaft für das Bauwerk auf breiterer Grundlage fortgesetzt wurden. — Lohn-tarife wurden im Vorjahre 34 für 790 Betriebe mit 2267 Beschäftigten (darunter 1436 Mitglieder des Malerverbandes) abgeschlossen. Dabei handelte es sich um 12 Neuabschlüsse und 22 Erneuerungen. 30 Tarife wurden freibleib, darunter 7 auf Grund des Reichstarifvertrages vereinbart. Es bestanden am Schluß des Jahres unter Entrechnung der erlöschenden Tarife innerhalb des Reichstarifvertrages 362 Tarife für 15.390 Betriebe mit 55.620 Berufsangehörigen; von letzteren waren 30.526 organisiert.

Vom 1. April d. J. an hat der Malerverband sein Statut wieder mit geringeren Einschränkungen in Kraft gesetzt und gleichzeitig die vor drei Jahren unter günstigeren Verhältnissen beschlossene Neuzuführung einer Arbeitslosenunterstützung trotz des Kriegszustandes beibehalten.

Bermischtes.

Die Kindersterblichkeit in London ist während des letzten Vierteljahres um 200 Fälle wöchentlich im Vergleich zum Vorjahre gestiegen. Die Geburtenziffer ist um 400 bis 500 wöchentlich gegen den Durchschnitt der letzten fünf Jahre gesunken. Eine Ursache ist der Mangel an Hebammen und Pflegerinnen, die andere ist die stärkere Beschäftigung der Frauen in der Industrie.

Ein verbotenes Entlastungsmittel. Das stellvertretende Generalkommando des 1. bayerischen Armeekorps veröffentlicht folgende Bekanntmachung: "Nach einer Mitteilung des Chefs des Feldsanitätsdienstes im Großen Hauptquartier hat das von dem chemischen Fabrik "Labor" in Posen hergestellte Gasmittel Plagin, das den im Felde stehenden Mannschaften usw. mehrfach von Angehörigen aus der Heimat zur Bekämpfung der Fleberläuse und des Ungeziefers zugeführt wird, in vielen Fällen infolge der Wirkung schwerer Gasterkrankungen (kraterförmige Geschwüre) hervorgerufen. Auf Grund Art. 4 Ziff. 2 des Kriegszustandsgesetzes hat das stellvertretende Generalkommando 1. bayerischen Armeekorps den Verkauf und Weitertrieb des Mittels verboten. Der kommandierende General v. b. Tarn." —

Eröffnung der Frösche. Da die Frösche bekanntlich zu den größten Mückenfeinden gehören, hat die Leipziger Amtshauptmannschaft für ihren Bezirk das Fangen oder Töten von Fröschen unter Strafe gestellt.

Im Interesse der Mückenverteilung verdient das Verbot auch in anderen Gegenden Beachtung. Auch in Breslau, dem manche Gegenden, wie die Strachale und in Dömitz, verwanfen sich durch die Mückenplage in wahre Hölle für Menschen. Und bezeichnend ist, daß man hier verhältnismäßig wenig Frösche findet.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Wiesenbrand. An der Gräbnerstraße in der Nähe der Umgehungsbahn ist am Donnerstag mittags, vermutlich durch Fäulnis einer Lokomotive, eine etwa 10 Quadratmeter große Wiesenfläche in Brand geraten. Das Feuer konnte von Fußgängern ausgerollt werden, bevor Mannschaften der Feuerwehr herbeikamen.

In die Ober gesprungen. In der Nacht zum Donnerstag ist gesehen worden, daß eine unbekannte Frau von der Königsbrücke in die Oder sprang, unterlag und nicht wieder zum Vorschein kam. Die Leiche ist bisher nicht gefunden worden.

Ein Schläger als vielfacher Fahrraddieb. Am Donnerstag vormittags gelang es zu ermitteln, daß ein 12jähriger Schüler in der letzten Zeit fünf verschiedene Fahrräder gestohlen hat. Der Junge wurde festgenommen.

Murk und Fleisch gekostet. In die Wurstfabrik von Gorisch wurde in der Nacht zum Donnerstag eingebrochen. Den Dieben sind Wurst- und Fleischwaren im Werte von etwa 115 Mark und ferner 50 Mark Bargeld in die Hände gefallen.

Falsche Kwanzmarktscheine. Bei einer Reichsbankhauptstelle ist gelegentlich einer Einzahlung ein falsches Reichsbanknote, Zwanzigmarktschein, angehalten worden. Das Falschstück hat die Nummer F 3327851, Jahrgang 1910, weiches u. a. dünnere Papier als die echten Noten. Farbe und Druck sind heller und matter. Der Katernstreifen fehlt. Die angezeigte Fälschung ist durch Nachdruck hergestellt.

Bei der Arbeit verunfallt. In der Salpastrischen Zigarettenfabrik am Wapitaplatz ereignete sich am Donnerstag nachmittags ein Unfall dadurch, daß eine herabfallende Röhre die 23jährige Arbeiterin Emilie Grosser auf den Rücken traf. Das Mädchen erlitt innere Verletzungen und mußte von Samaritern der Feuerwehr ins Allerheiligen-Hospital überführt werden.

Bereine und Versammlungen.

Naturfreunde. Sonntag, den 17. Juni: Tagespartie: Treffpunkt früh 7 Uhr an der Endstation der Elektrizität in Oskowitz. Gäste willkommen.

Theater, Konzerte und Veranstaltungen.

Das Frühkonzert im Scheiniger Park, das von der Ortsgruppe Breslau des Kinderchukvereins für Schwestern am Sonntag, den 20. Juni, früh 7 1/2 Uhr auf den Terrassen der Haupt-Schaubühne an der Jahrhunderthalle veranstaltet wird, bringt drei- und vierstimmige Mädchenchöre von Schubert, Schumann, Eichler, Jodel, Jölicher, Kremler u. a. Der über 250 Sängern zählende, jugendliche Chor wird von den Oberklassen der Kararinenstraße und einer Anzahl junger Damen (ehemaligen Schülerinnen der Katharinenstraße) geleitet. Leitung: Alfred Jodel. Orchester: Mitglieder der Stadttheaterkapelle. Karten zu 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder bei Gutmayer, Schneidmühlstraße 52.

Zanuzien-Theater. Das Programm dieser Woche bringt in erster Linie ein dramatisches Schauspiel aus dem indischen Aufstand, betitelt: „Die Rache der Rajadere“, in welchem die liebreizende Künstlerin Rita Sacketho die Hauptrolle spielt. Eine Serie allerletzt Komödien, Humoresken und Lustspiele, betitelt: „Knopfen unter bösen Büben“, „Eine folgenschwere Stiftung“ und „Kleider machen Leute“ tragen dazu bei, dem Besucher eine frohliche Stunde zu bereiten. Neue, hochinteressante Kriegserichte, besonders Bilder aus den letzten Kämpfen um die wieder zurückeroberte Festung Przemyśl, sowie ganz vorzügliche Aufnahmen aus der böhmischen Schweiz veranschaulichen diesen Programmplan. Vorstehendes Programm gelangt nur noch bis inkl. Dienstag, den 15. Juni zur Vorführung, am 16. Juni schließen die L. L. Vorstellungen während der heißen Sommermonate ihre Pforten. Wiedereröffnung im Herbst dieses Jahres. — Die noch im Umlauf befindlichen Goldmarken verlieren mit dem 16. Juni ihre Gültigkeit.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Reineid und Verteilung zum Reineid.

Am letzten Tage der dritten Schwurgerichtsperiode wurde gegen den Dienstmädchen Franz Hausmann und den Arbeiter Hermann Kessler wegen Meineid und Anstiftung dazu verhandelt. Kessler soll am 10. Oktober 1914 vor dem Amtsrichter in Neumarkt in einem Alimenterprozeß einen Meineid geschworen haben und hierzu von Hausmann verleitet worden sein. Da sich im Vorverfahren Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Hausmann ergeben hatten, wurde der Gerichtsarzt Geheimrat Professor Dr. Löffler zur Verhandlung mit vorgelegten. Professor Löffler erklärte nach Schluß der Vernehmung, daß er Hausmann für hochgradig schwachsinzig halte und er beantragte deshalb, ihn in einer Irrenanstalt zu beobachten, um über die Frage, ob Hausmann zurechnungsfähig sei oder nicht, zu entscheiden. Der Gerichtshof gab dem Antrage statt, worauf die Verhandlung vertagt wurde. Der Angeklagte Kessler, der zum Freispruch ausgenommen ist, wurde aus der Untersuchungshaft entlassen.

Schlesien und Posen.

Bergarbeiterstreik in Krawunde.

Durch das sonderbare Verhalten der Verwaltung der Bergwerksgrube kam es am Dienstag vormittags dort zu einem Streik der Bergarbeiter, der am Mittwoch ganz allgemein um sich griff. Von der etwa 1600 Mann starken Belegschaft führten am Donnerstag nur noch 27 Mann an. Ursache des Streiks war, daß die Verwaltung auf die Forderung einer Lohnerhöhung zugab, von Seiten der Belegschaft jedoch Entgegenkommen oblagte und nur bereit war, auf Kosten der armen Arbeiterfrauen den Bergarbeitern ein paar Pfennige zuzulassen. Diese merkwürdige und unverständliche Maßregel, um keinen schärfsten Ausbruch zu vermeiden, würde nie Sprengpulver. Das jetzt sogenannte Streikrecht nicht fertig bekommen haben würden, das geschah Einmütig wie ein Mann legte die gesamte Belegschaft die Arbeit nieder.

Die Verhandlungen mit der Bergbehörde, die Genosse Julius Franz in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter führte, hatten das Ergebnis, daß sowohl Genosse Franz, als auch Herr Bergwart Krawunde noch Krawunde führen, um zwischen der Belegschaft und der Grubenverwaltung zu vermitteln. Nach mehrwöchigen Verhandlungen, die zwischen der Grubenverwaltung, dem Herrn Kommandanten des Streikes Krawunde und Herrn Bergwart Krawunde stattfanden, wurde am Donnerstag unter dem Vorsitz des Bergwarts eine Sitzung des Arbeiterausschusses gehalten, an der außer den Grubenkommandanten auch der Kommandant des Streikes Krawunde und Genosse Franz teilnahmen.

Das Ergebnis der sehr langwierigen Verhandlungen war das sehr mageres, da sich die Grubenverwaltung nur dazu bereit, eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Schicht zu gewähren und anzuerkennen das Versprechen gab, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter auch im Gehalts eine gewisse Lohnerhöhung erfahren. Auch soll die Grubenverwaltung die bisher gezahlten

4 Prozent des Arbeitslohnes an die Frauen der Eingezogenen weiter zahlen, jedoch ohne sich in letzterem Falle eine dauernde Verpflichtung aufzuerheben.

Nach einer nachmittäglichen Einzelberatung beschloß der Ausschuss abends gegen 1/8 Uhr schweren Herzens, und nur mit Rücksicht auf die gegenwärtig schwere Zeit diese Vereinbarungen anzunehmen und der Belegschaft die Annahme der Arbeit zu empfehlen.

In einer von weit über 1000 Personen besuchten Versammlung wurde Donnerstag mittags über das Angebot der Grubenverwaltung abgestimmt. Das Ergebnis war folgendes: 991 stimmten für die Annahme der Zugeständnisse und Aufnahme der Arbeit, 86 dagegen.

An der Abstimmung beteiligten sich 1077 Personen. Der Besuch der Versammlung war weit zahlreicher. Nur vermochte der an sich große Saal die Menschenmenge nicht zu fassen; zahlreiche Bergleute hatten im Garten und auf der Straße Posten besetzt.

Schweidnitz, 11. Juni. Russen jagd. Eine aufregende Jagd auf eine Anzahl flüchtig gewordener russischer Kriegsgefangener entwickelte sich Mittwoch abends in den Waldungen des Ruffenberges. Als sich dort der Förster Grünabel aus Groß-Mierau auf dem Anstand befand, bemerkte er drei Männer in selbstgekaufter russischer Uniform. Er rief sie an, worauf alle drei die Flucht ergriffen. Da die Rufe des Försters unbeachtet blieben, feuerte er auf die Flüchtenden und es traf ein Schuß den einen in den Unterschenkel. Trotzdem verschwanden die Russen weiter im Wald. Die Feuerwehr wurde alarmiert und alle Ortschaften rings um den Gebirgszug besetzt. Auf den Streifen stehen die Verfolger in einer Schlange auf die Russen, von denen sich zwei ergaben. Der dritte, ein Feldwebel, entfloh und konnte erst nach einiger Zeit in einem Gebüsch verhaftet ermittelt und ebenfalls festgenommen werden. Inzwischen waren auch mehrere Abteilungen Militär aus Schweidnitz entgesandt. Die Gefangenen gaben an, daß sie aus dem Gefangenenlager in Jittau entflohen seien. Sie befanden sich bereits seit den Kämpfen an den Naturischen Seen in Gefangenschaft.

Kadowitz, 11. Juni. Ein Leichenfund wurde im Walde in der Umgebung von Strauchenz gemacht. Spielende Kinder hatten schon vor einiger Zeit den Körper eines Mannes im Gebüsch liegen sehen, glaubten aber, es handle sich um einen Betrunknen. Erst jetzt wurden sie gewahrt, daß es ein Toter war, der schon viele Wochen dort gelegen haben muß. Neben dem in völlige Verwesung übergegangenem Leichnam wurde ein verrosteter Revolver aufgefunden, jedoch Geschosse angeschlossen ist.

Varisch, Kreis Jauer, 11. Juni. Naturfremde. Telegraphenarbeiter entdeckten hier eine alte, höckerige Weide, auf der ein großer Johanniskrautstrauch, mit vielen Früchten behangen, wächst.

Wohlfurt, 11. Juni. Feuer in der Höhe. Mittwoch nachmittags ist in der Nähe der Haltestelle Glaserberg der Fallener Bahnhofs ein Waldbrand ausgebrochen. Ein großer Teil Fichten- und Buchen wurde dem Feuer zum Opfer gefallen.

Ein anderer Waldbrand brach am Dienstag nachmittags auf dem Gebiet des Jauer, der durch die Kleinbahn, die die Steine aus dem Bruch befördert, entstanden ist. Durch die gefangenen Russen, die dort beschäftigt sind, und durch die hinzugekommene Miescher Feuerwehr wurde das Feuer bald wieder gelöscht.

Reichenbach, 11. Juni. Bergmannslos. Schwere Brandwunden durch vorgelegtes Holzgehen der Sprengladung erlitt auf der hiesigen Schießengrube der Häuer Jitta von hier. Besonders Kopf (namentlich Gesicht) und Brust wurden stark verbrannt. Ferner sieht noch nicht fest, ob ihm das Augenlicht erhalten bleibt.

In den nächsten Tagen trifft hier das dritte Hundert russischer Kriegsgefangener ein, die auf der Schießengrube angelegt werden.

Gleitwitz, 11. Juni. Sind das noch Menschen? Eine grenzenlose Roberei begingen die Wäler Joh. Faneckl aus Jaboritz und Kimpich aus Paulsdorf. Am 18. Januar d. J., abends 8 Uhr, trafen sie zwei verwundete Grenadiere, die mit einem Mädchen und dem Arbeiter Dippol spazieren gingen. Faneckl machte auf das Mädchen ungebührliche Anmerkungen, was sich der eine Soldat verbat. Darauf packte F. den verwundeten Soldaten und ließ ihn die fünf Meter hohe Wäschung hinunter. Kimpich gab dem Arbeiter Dippol ohne jeglichen Grund einen Schlag ins Gesicht und wandte sich dann gegen den im Graben liegenden Soldaten. Faneckl bearbeitete ihn mit einem Pöbelstein derart, daß der Soldat bewußtlos liegen blieb und sofort ins Lazarett geschafft werden mußte. Sein Kamerad konnte ihm nicht beistehen, da er seinen verwundeten Arm garnicht bewegen konnte. Der Staatsanwalt betonte, daß man den Soldaten, die ihre Schuld dem Vaterlande geopfert haben, ganz anderen Dank schulde, und beantragte gegen Faneckl ein Jahr, gegen Kimpich drei Monate Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof ging über den Antrag weit hinaus und erlaubte gegen F. auf drei Jahre, gegen K. auf sechs Monate und eine Woche Gefängnis.

Stromberg, 11. Juni. Eine Frauerversammlung der Frauen der Kreissteinebrüche fand am Sonntag nachmittags im „Arbeiter-Kaffeehaus“ statt und war von 150 Personen besucht. Vorsitzende Frau Hartwig behandelte die Frage der erweiterten Kreiswochenhilfe und die der Renten der Krieger-Witwen und -Väter. Mit feinen lautmäßigen Ausführungen fand der Redner sehr aufmerksame Zuhörer. Es zeigte sich aber auch, daß über die Rechte der Frauen noch viel Unklarheit unter diesen herrscht, wie die vielen Anfragen, die am Schluß der Versammlung an den Redner gestellt wurden, beweisen. In allen Fragen wurde den Frauen Aufklärung zuteil und ihnen empfohlen, in allen Angelegenheiten, worin bei ihnen Zweifel bestehen, vertrauensvoll unsere Rechtsanwaltsstelle, Talstraße 2, die zu diesem Zwecke errichtet worden ist, zu befragen. Besonderen Eindruck und Zustimmung erweckten die Schlussansprechungen des Redners, als er die großen Opfer erwähnte, die der Krieg über uns gebracht und zur Pflichterfüllung in dieser schweren Zeit warnte, sowie die Hoffnung ausdrückte, daß der so lange währende Krieg nun bald seinem Ende entgegenzuehen und daraus eine bessere Zukunft für die Menschheit kommen möge.

Bermischtes.

Heißer als die Sonne. Eine Flamme, die heißer ist als die Sonnenoberfläche, nämlich eine Höhe von 5500 Grad zu erreichen, ist dem Studienrat an der technischen Hochschule in Stodopolin Max Eschin gelungen. Er hat seine Versuche mit Unterstützung des Vereins der schlesischen Erwerbslosen angeführt. Bei der chemischen Methode zur Erzielung sehr hoher Wärme beruht das Temperaturmaximum auf dem Sauerwert des Verbrennungsmaterials und dem Dissoziationsdruck des Verbrennungsproduktes. Eschin suchte nun nach einem Verbrennungsmaterial, das höhere Verbrennungswärme hat und ein Verbrennungsprodukt mit höherem Dissoziationsdruck ergibt, als die bisher angewendeten, nämlich Kohle, Wasserstoff und Acetylen. Als aus beiden Gesichtspunkten am besten fand er Aluminium, und es gelang ihm, durch einen künstlich konstruierten Apparat eine Flamme aus Aluminium und Sauerstoff hervorzuzaubern, die nach Ausweis der optischen Temperaturbestimmung eine Temperatur zwischen 5000 und 5500 Grad Celsius hat. Sein zum Patent angemeldetes Verfahren dürfte praktischer Wert erlangen nicht nur für wissenschaftliche Untersuchungen.

sondern auch in der Industrie, namentlich, wie „Nacht und Dampf“ schreibt, für die Wolframindustrie.

Moorkultur in Preußen. Durch die große Zahl von Kriegsgefangenen, die zur Kultivierung von Moorböden herangezogen worden sind, ist es in diesem Jahre gelungen, eine Fläche von über 75 000 Hektar oder 300 000 Morgen in Kultur nehmen zu können, eine für unser Wirtschaftsleben ganz bedeutende Fläche. Hierzu muß man noch mindestens 25 000 Hektar neues Kulturland hinzurechnen, das in diesem Jahre durch die Tätigkeit der früher gegründeten Genossenschaften, aber auch durch Einzelkultivatoren zum ersten Male angebauet wird. Nimmt man zur Veranschaulichung der Bedeutung dieser Kulturläche an, daß die gesamten 100 000 Hektar mit Hafer bestellt werden und der Durchschnittsertrag auf den Hektar nur 1900 Kilogramm betrage, so können wir auf eine Vergrößerung unserer Haferernte von 190 Millionen Kilogramm hoffen. Es ist uns infolgedessen möglich, bei einer täglichen Futtermenge von 5 Kilogramm nicht weniger als 100 000 Pferde mehr aus eigenen Kräften zu ernähren als bisher.

Neueste Nachrichten.

Die erste Niederlage der Italiener.

Unter der Überschrift „Eine empfindliche Schlappe der Italiener“ meldet man der „Königschen Zeitung“ unter dem 10. Juni aus dem K. u. K. Kriegspressequartier: Die italienischen Truppen sind in der Stärke von mehr als einer Division an der Szonofront gesten und heute nacht bei Görz, Gradisca und Ronfalcone schwer geschlagen worden.

Damit ist der erste große Kampf gegen Italien zu unseren Günstigen entschieden worden. Der Angriff der italienischen Infanterie war durch Artilleriefeuer aus allen den Fronten zur Verfügung stehenden Kanonen vorbereitet. Durch unsere Kanoniertruppen wurden die vorgehenden Truppen nicht nur aufgehalten, es wurde auch eine Batterie der Italiener demonstriert. Die Verluste der Italiener betragen mehr als 4000 Mann.

Briefkasten.

Nr. 100. 1. Haben Sie den Wilschaden vorchriftsmäßig beim Untervorsteher angezeigt und Entschädigung verlangt, so muß Ihnen der Untervorsteher nach Prüfung der Sache einen Vorbescheid schriftlich erteilen. (§ 53 der preussischen Jagdordnung vom 15. 7. 07.) Gegen diesen Vorbescheid kann innerhalb zwei Wochen beim Kreisaußenamt geklagt werden. (§ 59 der J.-O.) 2. Bezieht Ihnen der Gemeindevorsteher die Steuern von der Kreisaußenamt, dann schreiben Sie an den Landrat. Die Kreisaußenamt kann für Steuern nicht gepfändet werden und ist auch nicht verpfändbar.

Familiennachrichten.

Den Heldenort fürs Vaterland starb in der Nacht zum 28. Mai unser innig geliebter, hoffnungsvoller Sohn, herzensguter Bruder, Neffe und Cousin, der **Kunststiller Georg Galler** Pionier im Pionier-Batallion Nr. 8. im blühenden Alter von 22 1/2 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an 1088
Breslau, Wilhelmshaven, den 10. Juni 1915
Die tieftrauernden Eltern und Geschwister.
Ruhe sanft in fremder Erde!

Am 9. Juni starb plötzlich und unerwartet unser Mitglied, der Arbeiter **Wilhelm Rothkugel** im Alter von 47 Jahren. 2000

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Braslau.
Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle in Dürrgoy aus. Distrikt 14.

Versammlungen u. Vereine

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.
Montag, den 14. Juni, abds. 8 Uhr im Lokal von Helder, Herrenstr. 19
Allgemeine Altempler-Versammlung.
Wichtige Tagesordnung.
Wir erwarten einen guten Besuch und bitten auch die Frauen mitzubringen. Die Gruppenleitung.

Sonntag, den 13. Juni, vorm. 10 1/2 Uhr [1900]
im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses
Versammlung der Zuffallateure und Helfer.
Tagesordnung:
Berichterstattung über die erfolgten Lohnaufbesserungen.
Wir ermahnen alle Berufscollegen auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Die Gruppenleitung

Alte Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter
S. a. S. Gumburg.

General-Versammlung
Sonntag, den 20. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Rassenbericht
3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. 1907
Legitimation: Mitgliedsbuch, für Kranke bei Ausgehelt: Krankenschein.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung